

viele einzelne wichtige Fragen vergessen. Ich würde aber gerne noch auf weitere Fragen zurückkommen.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Einen herzlichen Dank auch Dir noch einmal, Wolfgang Templin. Ein Blick auf die Uhr sagt uns, daß wir unseren Zeitplan trotz großzügig eingeplanter Mittagspause doch nicht ganz so werden einhalten können, wie wir es ursprünglich gedacht haben.

Mein Vorschlag wäre, daß wir hier 14.30 Uhr weitermachen, also eine halbe Stunde später als ursprünglich geplant. Wir müßten es trotzdem schaffen, weil für die beiden nächsten Gesprächsrunden jeweils zwei Stunden eingeplant gewesen sind. Das heißt, daß die Vorbereitungsrunde, um die Markus Meckel gebeten hat, sich erst um 14.00 Uhr im Raum 181 trifft.

Die anwendenden Journalisten haben die Möglichkeit, uns heute abend zum Stasi-Knast in Hohenschönhausen zu begleiten.

Ich wünsche Ihnen jetzt eine kurze Phase des Durchatmens. Wir freuen uns über jeden, der nachher um 14.30 Uhr noch da ist, wieder da ist oder neu dazugekommen ist.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.40–14.40 Uhr)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Wir wollen die Zeitzeugenanhörung „Alltagserfahrungen aus vier Jahrzehnten DDR“ fortsetzen. Wir haben heute vormittag sehr allgemein, aber auch sehr differenziert gehört, was dies bedeutete, DDR-Erfahrung, die verschiedenen Repressionsmechanismen, die verschiedenen Alltagserfahrungen. Es war ein buntes Bild, das sich zeigte, wenn der einzelne befragt wird nach seinem persönlichen Schicksal. Wir haben heute hier Zeitzeugen eingeladen, von denen die meisten in der Öffentlichkeit nicht bekannt sind; denn das normale Schicksal ist – wie überall – zwar mit konkreten Einzelnamen verbunden. Typisch wird es aber, wenn man sich die vielen Einzelschicksale „kleiner Leute“ ansieht.

Ich denke, wir können Zusammenhänge deutlicher in den Blick bekommen, wenn wir einzelne bitten zu reden. Dies soll in den nächsten zwei Stunden geschehen. Wir haben zehn Personen eingeladen, zu uns zu reden. Aus ganz unterschiedlichen Zeiten dieser 40 Jahre werden sie berichten, mit ganz unterschiedlichen Dimensionen dessen, was ihr Leben geprägt hat.

Ich habe die schwierige Aufgabe, mit einer so großen Zahl von Zeugen innerhalb von zwei Stunden abschließen zu müssen. Das heißt, daß wir natürlich nicht fertig werden können. Ich bitte schon jetzt zu entschuldigen, wenn ich an der einen oder anderen Stelle möglicherweise straffend in das Gespräch eingreifen muß, damit nach einer ersten Runde die Möglichkeit besteht, aus dem Plenum und aus der Kommission heraus noch einige Fragen zu stellen. Außer den hier vorn Sitzenden haben sich in der Pause einige gemeldet, die selbst keine Fragen stellen, sondern ein eigenes Schicksal

darstellen wollen, das in der Reihe dessen, was hier vorgetragen wird, so nicht vorkommt. Wir wollen versuchen, das auch noch mit aufzunehmen.

Wir wollen beginnen mit Herrn Karl Nali. Herr Nali ist Sorbe, war Lehrer in Bautzen und mit Berufsverbot belegt. Ich möchte die Reihe derer, die hier vorn sitzen, weiter vorstellen:

Herr Ralf Hirsch, den meisten als Bürgerrechtler bekannt; Frau Silvia Mangoldt, Psychologin im Kinderheim in Erfurt; Herr Hartmut Neuke war Hochschullehrer an der Universität Leipzig; Herr Eberhard Wendel hat sechs Jahre in Brandenburg gesessen; Herr Ronald Dembicki hat mancherlei Repressionen erlitten wegen seines Ausreiseantrages; Herr Götz Gringmuth-Dallmer mußte als Jugendlicher wegen seiner Überzeugung manches durchmachen; Herr Klaus Pfeumer war privater Verleger in der DDR, womit ein entsprechendes Schicksal verbunden war. Wir warten noch auf Lutz Rathenow, der zugesagt hat, aber bisher noch nicht unter uns ist. Wir beginnen mit Herrn Nali.

Karl Nali: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gebe der Freude Ausdruck, daß mir endlich die Gelegenheit geboten wird, vor einem kompetenten Gremium mein bisheriges Schicksal darlegen zu können, das ich während zweier Diktaturen durchstehen mußte.

Zum besseren Verständnis ist es erforderlich, einige Sätze über die Erlebnisse als junger Mensch im Elternhaus in der braunen Zeit zu sagen, das mein späteres Leben entscheidend prägte. Als Sohn sorbischer Eltern geboren, wuchs ich in dieser christlichen Sprach- und Lebensgemeinschaft auf. Schon als Dreizehnjähriger, 1933, lernte ich die Grausamkeiten der braunen Schergen kennen. Unser Haus wurde durchwühlt. Die Eltern als Gegner der Nazi-Partei bekannt, erfuhren in Gegenwart der Kinder eine Erniedrigung und Diskriminierung. Der Vater verlor seine Arbeit und wurde als Buchdrucker, später als Streckenarbeiter bei der Reichsbahn – als Schwerkriegsbeschädigter! – eingesetzt und so schicksalhaft 1945 beim Einmarsch der Russen, daheim auf Befreiung wartend, erschossen.

Schon Ende Mai 1945 aus dem Lazarett entlassen, kehrte ich aus dem Krieg zurück. Politisch nicht belastet, da kein Mitglied irgendeiner faschistischen Organisation, wurde ich sofort als Neulehrer an einer Schule im Kreis Bautzen eingesetzt, die ich dann als Leiter dieser Institution aufbaute. In den ersten Jahren genoß ich politisch relativ viele Freiheiten, da man mich als Sohn eines Antifaschisten eingestuft hatte.

Doch sehr bald änderte sich die Lage grundlegend, als die SED als Partei den Totalitätsanspruch auf allen Gebieten, besonders aber im Bildungswesen, geltend machte. Kritische Stimmen wurden als „reaktionäre Machenschaften des Klassenfeindes“ abgestempelt und grundlos abgeurteilt und verdammt.

So breiteten sich Angst und Schrecken, aber auch Heuchlertum, Liebedienerei, Diffamierung und Denunziation aus. Die Masse Mensch wurde mit den Jahren

zum Übungs- und Spielball der allgemeinen Partei mit ihren machtbesessenen Funktionären. Nur wenige brachten es fertig und den Mut auf, sich diesem Vergewaltigungsakt entgegenzustellen, was sie allerdings bitter büßen, ja da und dort mit dem Tode bezahlen mußten – dieser bittere Kelch, den auch ich an mir vorüberziehen lassen mußte: Im Zusammenhang des 17. Juni 1953 wurde ich als Lehrer fristlos entlassen.

Bevor ich Ihnen jedoch in kurzen Sätzen einen Überblick über mein Schicksal als Lehrer gebe, gestatten Sie mir, daß ich Ihnen ein Bild dieses Berufes in der ehemaligen DDR zeichne. Wer nämlich diesen Beruf nicht selbst ausgeübt hat, nicht täglich dem Druck der ideologischen Machtmaschinerie der Funktionäre und ihrer Büttel, die als Aufpasser, Informanten bzw. Zuträger dienten, angefangen beim kleinen SED-Kollegen, dem Direktor, Fachberater und Schulinspektor, die aufgrund ihrer Stellung weitgehend weisungsberechtigt waren, ausgesetzt war, kann nicht einschätzen, wie es dem kleinen parteilosen Lehrer innerhalb und außerhalb der Schule erging, wenn er unbeschadet bestehen wollte.

Während bei dem Parteigenossen das Parteiabzeichen der SED schon dafür sorgte, daß seine erzieherische Arbeit positiv bewertet wurde, unterlag unsere pädagogische Tätigkeit einer ständigen Kontrolle, was mit dem Wort „Hospitation“ gekennzeichnet wurde. Und hospitieren in den Klassen konnte fast jedermann. Viele Jahre wurde es sogar von Elternvertretern, dem sogenannten Klassenelternkollektiv, sowie dem Schulbeirat zur Pflicht gemacht, im Monat eine gewisse Anzahl von Stunden zu hospitieren. So mußten die Hospitanten, ob Direktor, Fachberater oder Schulinspektor, detaillierte Berichte an die übergeordneten Dienststellen weitergeben, so daß sich die Funktionäre in diesen Einrichtungen im Laufe von Monaten und Jahren von jedem Delinquenten, sprich Lehrer, ein genaues Bild machen konnten und wußten, zu welcher Gruppe er gezählt werden konnte.

Meine Damen und Herren, Sie würden staunen, welchen Umfang solch eine Kaderakte – so nannte man dieses Aktenbündel, das über jeden Kollegen geführt und beim Schulrat im Panzerschrank gelagert wurde – in seinem Berufsleben aufzuweisen hatte. Nach der Wende hatte ich als Kommissionsmitglied einen gewissen Einblick in diese Machenschaften.

Diese Bespitzelung erstreckte sich jedoch nicht nur auf die Unterrichtsarbeit; denn auch außerschulisch mußte man als Klassenleiter eine wichtige gesellschaftliche Pflicht erfüllen, nämlich die eines Leiters der Pionier- und FDJ-Gruppe. Hier sollte die ideologische Erziehungsarbeit an den Jugendlichen außerhalb des Unterrichts fortgesetzt und vertieft werden. Diese zusätzliche Tätigkeit wurde jedoch nicht honoriert; als Lehrer seien wir ja Staatsfunktionäre. Hier war man wiederum der Kontrolle ausgesetzt; denn für diese außerschulische Arbeit setzte man höheren Orts den hauptamtlichen Pionierleiter ein, der ausschließlich ein Genosse war und der die Tätigkeit

des Klassenleiters zu überprüfen, einzuschätzen und zu bewerten hatte. Dabei bediente er sich oft eifriger Schüler, die in der Jugendorganisation als Gruppenratsvorsitzende fungierten und meist Kinder fortschrittlicher Eltern waren.

Eine der wichtigsten monatlichen Zusammenkünfte für die Kollegen war das „Parteilehrjahr“, Teilnahmepflicht war auch für uns Nichtgenossen, wo uns durch SED-Referenten die Lehren von Marx und Lenin, kurz „ML“, eingehämmert wurden. Denn man ging von der These aus, daß der nur ein guter Pädagoge sei, der diese marxistische Wissenschaft gut, richtig und nutzbringend in seinen Unterrichtsfächern anzuwenden vermochte. Damit dieser Nachmittag nicht wie ein friedlich dahinplätscherndes Gewässer verlief, war jeder Lehrer, ob Genosse oder nicht, dazu aufgefordert, sich an der Diskussion im nachfolgenden Seminar aktiv und rege zu beteiligen. Denn im Pädagogenrund saß ja ein Genosse, der fleißig die Strichliste führte, die darüber aussagte, welcher Kollege und mit welchen Antworten sich an dem Thema beteiligte. Dadurch war es der Partei wiederum möglich, je nach der Aktivität der Kollegen und deren Diskussionsbeiträgen sich ein Bild zu machen, wie der einzelne zum Sozialismus und somit zur Staatsmacht stand.

Vieles wäre hier noch über den grauen Alltag des Schullebens zu sagen. Doch das würde diese meine begrenzte Redezeit überschreiten. So will ich mich nun zu den persönlichen Erlebnissen äußern, die ich mit dieser Bildungseinrichtung machte. Da mir der Makel einer Braunfärbung nicht anhaftete und damit nicht vorgeworfen werden konnte, glaubte ich, mich jederzeit frei und offen zu den Machenschaften der SED-Funktionäre kritisch äußern zu können. Dies erwies sich jedoch als großer Irrtum. Inzwischen hatte sich nämlich die DDR zu einem einzigen großen Staatsgefängnis gemausert, wo nur das Parteirecht galt und die Funktionäre an den Andersdenkenden ihre Macht austoben konnten.

Im Jahre 1950 stellte ich mich als 2. Kreisvorsitzender der CDU vor unseren verehrten Landesvorsitzenden Prof. Dr. Hickmann, der auf der Abschußliste stand. Daraufhin verleumdete man mich als „kleinen sorbischen Hickmann“ in der deutschen und sorbischen Tagespresse, so daß mich unsere „Flötenspieler“ ablösten. So erklärte ich meinen Rücktritt aus dieser Partei, deren Mitbegründer ich in meinem Ort war.

Im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 erfolgte schließlich die fristlose Entlassung aus dem Schuldienst mit der Begründung, meine erzieherische Tätigkeit entspreche nicht den Grundsätzen der demokratischen Schule. Ein arbeitsgerichtlicher Einspruch hatte keinerlei Erfolg, so daß ich mir durch lapidare kritische Äußerungen ein siebenjähriges Berufsverbot einhandelte.

Nach meiner Wiedereinstellung 1960 stand ich unter ständiger Kontrolle und Bespitzelung durch SED-Genossen. Zum Beispiel bei Elternabenden saß ständig ein Funktionär bzw. Genosse im Raum, der meine Äußerungen protokollierte.

Meine Besoldung erfolgte als Unterstufenlehrer, wobei ich nur in den fünften bis achten Klassen unterrichtete, nämlich Physik und Mathematik, und einen dreieinhalbjährigen Weiterbildungskurs im Fach Mathematik aufzuweisen habe und mit dem Prädikat „gut“ abschloß.

Es wäre noch vieles zu sagen. Ich bekomme gerade einen Zettel gereicht: „Das soll mal genügen.“ Nur frage ich mich manchmal, wie ein Mensch – ich bin 72 – das all die Jahrzehnte durchstehen konnte. Viele Jahre habe ich auf die Westpolitiker gehört, die mir sagten: Ausharren, gebt diesen Beruf nicht den Funktionären preis! Aber meine Devise war – ich bin ein strenggläubiger Christ, ich habe Lavater, den Philosophen, als Leitmotiv gewählt –: „Erwarte von den Menschen wenig oder nichts, aber alles von Gott, der nie näher ist, als wenn er am entferntesten scheint.“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ganz herzlichen Dank, Herr Nali. Es tut mir leid, daß ich Sie an die Zeit erinnern mußte. Es ist sehr schwierig, Zeitzeugen, die natürlich aus ihren Herzen und Erlebnissen heraus lange reden könnten, dann immer wieder an einen engen Zeitrahmen erinnern zu müssen. Herr Wendel, Sie bitte als nächster.

Eberhard Wendel: Ich möchte es kurz machen, insbesondere was mein Schicksal betrifft. Darüber soll man nicht viele Worte machen. Ich bin Bundesbürger, Braunschweiger, habe dort mein Abitur gemacht, habe in West-Berlin studiert, habe beim Rias-Jugendfunk mitgearbeitet und bin aus Versehen am Potsdamer Platz am falschen S-Bahnausgang ausgestiegen, und schon war ich bei der Staatssicherheit. Nach Untersuchungshaft bei Staatssicherheit und NKWD wurde ich insgesamt zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt und habe die Zeit in Brandenburg abgessen.

Das ist mein Schicksal. Ich möchte es dabei bewenden lassen. Ich möchte nur noch sagen: Seit November 1989 kennen wir uns, Herr Ullmann und ich, vom Runden Tisch in Niederschönhausen. Ich habe in der Volkskammer mitgearbeitet.

Lassen Sie mich aber noch hier Bemerkungen machen, Herr Meckel, zu dem, was heute vormittag gesagt wurde. Wie geht es einem Häftling, der 30 Jahre über seine Leidenszeit nichts sagen durfte? Das ist etwas, was bis jetzt noch nicht gesagt wurde. Ich muß Ihnen sagen: Wenn ich nicht eine so gute Ehefrau gehabt hätte – das ist nicht übertrieben –, hätte ich die Zeit damals im November, als sich die Mauer öffnete und wir auf die Straße gingen, nicht überstanden. Den Infarkt habe ich erst ein Jahr später bekommen. Diese 30 Jahre Verdrängung machten dann einer schmerzlich lauten Hafterinnerung Platz, die dann noch verstärkt wurde durch das Bewußtsein, daß die Einheit des Vaterlandes in Sicht ist.

Das sind Erlebnisse, die ich nur in dürre Worte kleiden kann, und ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, nur sagen, daß es etwas Erhebendes ist, wenn man als Häftling das noch erleben darf.

Hier komme ich zu einem zweiten Punkt, der heute noch schon besprochen wurde. Das ist die Frage des Motivs eines Bürgers des untergegangenen Staates DDR – Gott habe sie selig – dafür, daß es nicht nur Anpassung, sondern daß es auch viel Verhalten gab, das aus reiner Todesangst resultierte. Wer wie ich viele Jahre im Zuchthaus gesessen hat und wem die linke Niere zerschlagen wurde in Untersuchungshaft, der hat Todesangst. Der hat Todesangst, wenn er ahnt, daß die Staatssicherheit ihn beobachtet. Ich bin dann noch sieben Jahre lang observiert worden. Diese Todesangst ist dann der ständige Begleiter. Die Angst, die über einem ist, ist übermächtig und diktiert ein innerliches – ich bin kein Psychologe, ich muß es einmal so nennen – Zittern immer dann, wenn man die Macht spürt. Zum Beispiel, wenn mich der Parteisekretär, der genau wußte, wer ich war, nur schief oder starr ansah, bekam ich schon Angst. Wenn man sein eigenes soziales Umfeld aufbauen will, eine Familie also, wird es noch schwerer, weil es dann nicht nur dich selbst betrifft, denn die Hitlersche Sippenhaft gab es ja in der kommunistischen Diktatur ebenfalls, so daß man auch Angst haben mußte um die eigene Frau, um die eigenen Kinder.

Eine ganz wichtige Bemerkung zu dieser Motivation. In dem Schulungsmaterial der Hochschule der Staatssicherheit in Potsdam-Eiche wurde die Furcht beim „Faktor Mensch“ theoretisch zum Ansatz gebracht, um die Menschen zu steuern. Die Furcht war also gewollte Stasi-Strategie.

Eine zweite Bemerkung. Man muß sich natürlich überlegen, daß der DDR-Bürger, dessen Motivation eben durch diese Faktoren bestimmt war, auch ein weiteres hatte: die alte Bundesrepublik. Das, was er im Rundfunk hörte und was ihm über das Fernsehgerät in die Wohnung kam, war seine Verbindung, seine Brücke. So reputierlich die alte Bundesrepublik mit der Altherrenriege in der Politbürokratie umging, so schlug die Stimmung im Wohnzimmer des einzelnen ein. Ich sage Ihnen das ganz offen. Es hat bei uns jedenfalls keiner verstanden, daß einem Herrn Honecker ein roter Teppich ausgelegt wurde.

(Beifall)

Ich habe mit Tränen vor dem Fernsehgerät gesessen und mich gefragt, wieso das eigentlich passieren konnte. Das gehört auch dazu, wenn wir über die Geschichte der DDR sprechen: Dann müssen wir auch die Geschichte der Altbundesrepublik mit einbeziehen.

(Beifall)

Sonst wird das Bild nicht vollständig, verehrter Herr Vorsitzender.

(Vorsitzender Rainer Eppelmann: Das wissen wir!)

Deswegen meine ich, daß die Reputation, die sich die alte Bundesrepublik

gab und zeigte, für uns auch eine Motivation war. Daher meine ich, daß wir diesen Aspekt nichts außer acht lassen dürfen.

Noch einen dritten Punkt, bitte. Die Bürger der alten Bundesrepublik hatten es nach einer Übergangszeit und einer nicht ganz bewältigten Vergangenheit der nationalsozialistischen Diktatur relativ schnell gelernt, eine wirkliche Demokratie aufzubauen, die für uns Vorbild war. Ich darf das einmal so sagen: Der Bundesbürger lebte uns Demokratie vor. Aber das Schlimme in diesem Land der 16 Millionen, die nicht das Glück hatten, einer amerikanischen, britischen oder französischen Besatzungsmacht zu unterliegen, war, daß diese Menschen gezwungen waren, nach zwölf Jahren brauner Diktatur weiterhin 40 Jahre lang Diktatur zu erleben. Das heißt, diese insgesamt 57 Jahre ununterbrochene Diktatur prägen zwei Generationen von Menschen in diesem Lande.

Wenn wir schnell oder vorschnell urteilen über diese Menschen, die über ein halbes Jahrhundert fürchterliche Diktatur erleben mußten, müssen wir auch beachten, daß die anderen eine viel bessere Vergangenheit haben und nicht unter Angst und Knute leben mußten. Das wollte ich nur noch einmal zu bedenken geben und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Vielen Dank, Herr Wendel. Sie haben an der Reaktion gemerkt, daß Sie manches getroffen haben, was andere auch bewegt. Frau Rührdanz möchte ich nun bitten, von sich und ihrem Schicksal zu erzählen.

Sigrid Rührdanz: Ich habe mir sehr, sehr oft die Frage gestellt: Warum wurde ich 1963 ein Opfer? Mein Schicksal ist eigentlich ein rein menschliches. Und wie ging man in dem Staat DDR damit um? Ich will es kurz anreißen.

Im Januar 1961 wurde mein Sohn geboren, von Anfang an ein Problemfall, ein Sorgenkind, teilweise Fehlbehandlung der behandelnden Ärzte. Torsten konnte hier nicht recht behandelt werden. Ich habe ihn in die Westland-Klinik gebracht. Dort ist ihm sehr schnell geholfen worden. Er befand sich auf dem Wege der Besserung – unter einer Bedingung: Heilernahrung und Medikamente, die es damals nur im Westen gab. Der DDR-Staat stimmte dieser Sache zu. Torsten kam im Juli 1961 zu mir nach Hause. Ich durfte die Medikamente und die Heilernahrung einführen mit Genehmigung des Gesundheitsministeriums der DDR.

Dann kam die Mauer, und die ganze Geschichte war aus und zu Ende. Die Folge: Rückfallerkrankung meines Sohnes. Da man ihm hier wiederum nicht helfen konnte, wurde er am 28.08.61 in die West-Berliner Klinik zurückverlegt. Damit begann dann unsere Trennung, wie ich sage: „Mir ging die Mauer mitten durchs Herz.“ Ich war nun von meinem Sohn getrennt,

konnte ihn nicht besuchen. Wir konnten keinen Kontakt aufnehmen außer dem schriftlichen.

Damals begann mein Kampf mit den Behörden, der sehr schwierig war. Wir alle lebten hier und wissen, wie schwierig Kampf mit Behörden zu damaliger Zeit war. Sie waren teilweise sehr allergisch. Irgendwann gelang es mit dann doch, einen Passierschein zu erhalten zur Nottaufe meines Sohnes im Krankenhaus. Ich habe Torsten besucht für wenige Stunden. Ich wußte nicht, ob das eine einmalige Sache ist oder ob es wiederholt werden kann. Ich kam zurück, kämpfte wieder um Passierscheine.

Es gab große Schwierigkeiten, so daß wir uns entschlossen, die DDR zu verlassen aus Gründen der Zusammenführung. Es war schwierig. Ich versuchte Kontakt aufzunehmen, einmal wegen der Beschaffung von Pässen, dieser Versuch schlug fehl, dann wegen der Flucht durch einen Tunnel. Auch diese Sache ging schief, und die Verhaftung stand an, das war abzusehen. Ich wurde dann 1963 verhaftet. Das will ich einmal anhand meines Textes schildern, sonst heule ich mich hier kaputt.

Im Februar 1963 wurde ich auf offener Straße von Staats-Schergen in ein Auto gedrückt und in die berüchtigte Stasi-Haftanstalt Hohenschönhausen verschleppt. Zunächst wußte ich allerdings nicht, wohin man mich gebracht hatte. Ebensowenig erfuhren das meine nächsten Angehörigen und mein Anwalt. Erst Jahre nach meiner Haftentlassung erhielt ich Kenntnis davon, wo ich eingesperrt gewesen war.

Die Untersuchungshaft, fünf Monate insgesamt, war mitunter grausam und brutal. So wurde ich gleich zu Beginn 22 Stunden lang verhört. Zwischenzeitlich erwähnte man beiläufig, daß mein Mann auch hier sei. Wie ich später erfuhr, war das in der Haftanstalt in der Magdalenenstraße. Danach zwei Stunden Ruhe, dann Abtransport in einer geschlossenen „Grünen Minna“ zur Haftanstalt Hohenschönhausen. Dort schlossen sich 14 Tage mit stundenlangen Verhören an, teilweise auch nachts. In der Nacht blieb das Zellenlicht brennen. Alle drei Minuten wurde dann durch den Spion geschaut. So litt man ständig unter Schlafentzug. Die sogenannte Nachtruhe dauerte ohnehin nur von 22.00 bis 05.00 Uhr. Die übrige Zeit saß man auf einem kleinen Holzschemel ohne Rückenlehne vor einem kleinen Holztisch. Anlehnen oder Kopfaufstützen waren strengstens verboten. Leserlaubnis erhielt man frühestens nach Abschluß der Vernehmungen, wenn überhaupt. Jede kleinste Zuwiderhandlung gegen die Anstaltsordnung wurde bestraft. Einmal bekam ich deshalb drei Tage Matratzenentzug und mußte auf der kahlen Holzpritsche nächtigen. Die Folgen waren faustgroße Blutergüsse auf dem Rücken.

Vernommen wurde ich hauptsächlich von einem Oberleutnant. Nie habe ich seinen Namen erfahren. Nur wenn er nicht weiterkam, wurde ein Hauptmann eingeschaltet. Zwischen Häftling, Wächter und Läufer fanden keine Gespräche statt. Auch begegnete man nie einem Mitgefangenen.

Hielt man sich nicht an die Anweisungen, so drohte Arrest oder die Gummizelle. Zwei davon gab es im Kellergeschoß in Hohenschönhausen. Ich habe miterlebt, wie jemand dort etwa drei Wochen zugebracht hat. Seine Schreie vergesse ich nie mehr in meinem Leben. Diesen Menschen hat man richtig fertiggemacht. Als ich zum Saubermachen in die Gummizelle abkommandiert wurde, habe ich Blutspuren und Kot beseitigen müssen.

(Rednerin schluchzt, kämpft mit Tränen.)

Jetzt habe ich den Faden verloren . . . Bei den Vernehmungen passierte dann auch etwas ganz Schlimmes, daß mein Vernehmer mir angetragen hat: Sie können als freier Mensch diese Anstalt verlassen – wir wissen noch gar nicht so recht, was wir mit Ihnen anfangen sollen –, oder Sie kriegen eine sehr lange Haftstrafe. – Das Ergebnis war, man legte mir einen Schein vor, angeblich ein Passierschein zu meinem Sohn, daß ich meinen Sohn hätte im Krankenhaus besuchen dürfen, der damals künstlich ernährt wurde, so schwer krank war er. Insgesamt ist er viereinhalb Jahre künstlich ernährt worden. Man sagte mir, ich könnte dahin gehen. Aber als ich nach dem Preis fragte, verlangte man von mir, daß ich mich mit dem damaligen Soziologiestudenten treffen sollte, der mir behilflich war bei der Paßbeschaffung für die ehemals geplante Flucht. „Und alles andere machen wir“, behauptete Stasi. Da das für mich wiederum eine Geschichte war, der ich überhaupt nicht folgen konnte, habe ich natürlich nein gesagt. Das Ergebnis: vier Jahre Zuchthaus. Ich wollte mich nicht schuldig machen, irgendeinen Menschen ins Unglück zu stürzen. Vier Jahre Zuchthaus habe ich dann auf mich genommen. Wir wurden dann allerdings nach 19 Monaten freigekauft. Über den Freikauf möchte ich nun auch noch etwas berichten.

Die Strafe wurde also nicht voll verbüßt. Dank der Freikaufaktion wurden wir nach 19 Monaten, im August 1964, wieder auf freien Fuß gesetzt. Aber wir erhielten keine ordentlichen Entlassungspapiere. Wir erhielten überhaupt keine Papiere, was wiederum ein Beweis dafür ist, welch rechtswidrigem Verhalten wir ausgesetzt waren und blieben.

Unseren immer noch im Krankenhaus befindlichen Sohn konnten wir auch nach der Entlassung nicht besuchen. Ja, man hat uns für 40.000 DM Freikaufgebühr je Person nicht einmal nach dem Westen entlassen.

Danach vergingen noch acht Monate, bis wir unser Sorgenkind in die Arme nehmen konnten. Da war es dann bereits fast fünf Jahre alt und sprach uns mit „Sie“ an. Was Eltern sind und bedeuten, hat er erst viel, viel später begreifen gelernt.

Dazu möchte ich noch sagen, daß, als Torsten entlassen wurde, ich ihn schnellstens nach Hause nehmen mußte. Innerhalb von zwei Stunden mußte ich mich auf diese Entlassung vorbereiten und durfte ihn dann holen. Es gab eine ganz schwierige Situation, ihn zurückzuführen. Torsten kriegte Angstausbrüche; er wußte gar nicht, wer die Mutter ist und daß es eine Mutter

ist. Es war für ihn eine wildfremde Person. Ihm lief der Schweiß herunter. Mein Sohn sitzt unter den Zuhörern.

Wir bekamen dann auch Hilfe von allen Seiten. Denn man stellte fest, daß im Krankenhaus eine Gelbsucht ausgebrochen war. Der damalige Stationsarzt Dr. Hilsberg hatte sich bereiterklärt, Torsten die Medikamente hier herzubringen, zu schleusen, die wir hier wiederum nicht erhalten haben. Es gab dann Hilfe von allen Seiten, und der Name Hilsberg ist inzwischen auch sehr bekannt.

Dann hatten wir natürlich keine Papiere, weder eine Anklageschrift noch ein Urteil noch Entlassungspapiere. Ich habe nach der Wende darum gekämpft. Jetzt, zwei Jahre nach der Wende, habe ich endlich meine Anklageschrift erhalten, 29 Jahre danach. Da geht es mir so wie meinem Herrn Vorredner, daß ich glaubte, ich hätte die Sache längst verdrängt, ich hätte sie unter den Teppich gekehrt, ich würde damit nichts mehr zu tun bekommen. Aber es ist alles wieder da, und es muß darüber gesprochen werden. Es muß über diese Schandtaten berichtet werden.

Ich bin inzwischen rehabilitiert, aber – ich beklage mich darüber – wiederum ohne Anhörung. Es haben drei West-Richter über meinem Urteil gesessen, haben mich rehabilitiert. Ich wurde wiederum zum Inhalt nicht gehört und habe wieder meinen Vernehmer nicht sprechen können. Ich hatte die Bedingung gestellt, Rehabilitation nur dann, wenn ich mit meinem Vernehmer gemeinsam vor den Richtertisch treten kann, damit ich nicht gegen ihn irgend etwas aussage, was er vielleicht wiederum anzweifeln könnte, und dann geht der Eiertanz von vorn los. Dann heißt es wieder: Falsche Beschuldigungen, die Realitäten sahen ganz anders aus usw.

Jetzt sitze ich da mit meiner Rehabilitation, habe vielleicht eine Entschädigung zu erwarten; mir ging es aber um die inhaltliche Aufarbeitung, und die ist damit nicht erfolgt. Das ist mein Schicksal.

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Haben Sie ganz herzlichen Dank, Frau Rührdanz, für Ihren ergreifenden Bericht. Sie haben erwähnt, daß Ihr Sohn Torsten unter uns sitzt. Es ist schön, daß Sie mit dabei sind.

(Beifall)

(Sigrid Rührdanz: Vielleicht darf ich noch ganz kurz anführen: Im „Stachel-draht“, Heft 5, ist unser Schicksal in Kurzfassung beschrieben: „Mir ging die Mauer mitten durchs Herz.“)

Danke schön. Wir erleben die große Unterschiedlichkeit einzelner Schicksale aus unterschiedlichen Zeiten. Es war ein Charakteristikum in der DDR, daß man voneinander kaum etwas wußte, daß die Erfahrungsbereiche oft wie durch hohe Mauern voneinander getrennt waren. Deshalb ist es so wichtig, daß wir heute miteinander reden können und reden lassen können. Ganz

herzlichen Dank denen, die bisher geredet haben. Als nächsten möchte ich Ralf Hirsch bitten zu reden.

Ralf Hirsch: Nach dem eben Gehörten fällt es mir schwer, überhaupt zu reagieren, weil mir wieder einmal bewußt wird – ich aus Oppositionsgruppen, die auch innerhalb der Kirche aktiv waren, aber danach auch in der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ –, wieviel Schutz wir eigentlich hatten und wie sicher wir in diesem Lande doch arbeiten konnten im Gegensatz zu dem eben Gehörten. Die Sicherheit, die wir dort erleben konnten – darüber möchte ich sprechen, weil es bis jetzt immer ein Tabu-Thema war und erst in den letzten Wochen zur Sprache kommt –, haben wir uns nicht selbst aufgebaut, sondern wir hatten zahlreiche Leute, die uns dabei geholfen haben. Ich möchte versuchen, es an meinem persönlichen Beispiel deutlich zu machen.

In jungen Jahren, ich war etwa 16, beschlossen wir in einem kleinen Freundeskreis, eine Eingabe an den Staatsratsvorsitzenden Honecker zu schreiben mit der Bitte, doch, um die Friedenspolitik der DDR etwas deutlicher zu machen, kein Kriegsspielzeug zu verkaufen. Wir waren damals naiv und dachten, wir bekämen darauf eine gute Reaktion, denn das wäre doch ein guter Vorschlag. Eines Tages klingelte es bei unseren Eltern an der Tür, und die Kriminalpolizei nahm uns fest mit der Behauptung, wir seien eine kriminelle Vereinigung. Wir haben das nicht verstanden, meinten, die müßten unseren Brief falsch verstanden haben, und schrieben wieder einen mit der Bitte, diesen doch etwas genauer zu lesen: Wir sind keine kriminelle Vereinigung, sondern wollen ein Zeichen nach außen setzen, einen Vorschlag machen. Ich sehe heute aus meinen Akten, daß damals die Maschine des OV Blauvogel begann, also eine operative Bearbeitung durch das Ministerium.

Jahre später erst, nach Haft, nach Jugendhaus, war ich aktiv, dann im Friedenskreis der Samaritergemeinde. Wir sammelten dort wiederum Unterschriften gegen Kriegsspielzeug und machten die Erfahrung, daß wir dort Schutz, Freiräume hatten, die wir eigentlich nicht kannten, die für uns neu waren. Ich machte aber auch die Erfahrung, daß viele, die Unterzeichner waren, von der Staatssicherheit vernommen und aufgefordert wurden, ihre Unterschrift zurückzuziehen.

Eines Tages kam zu mir ein „Stern“-Korrespondent, der davon hörte, und wollte Genaueres erfahren. Wir haben offen darüber gesprochen und ihm geschildert, wie die Situation war. Er hat darüber berichtet. Das war für die Betroffenen ein Schutz, andere Medien hatten auch berichtet. Die Öffentlichkeit in der DDR erfuhr vieles aus der Weltpresse. Ihre eigenen Medien waren verschlossen. Wir erfuhren nicht nur etwas aus der Weltpresse, sondern wir hatten auch Kontakt, wir in den Oppositionsgruppen, zu West-Journalisten, zu Diplomaten, zu Bundestagsabgeordneten aus der ehemaligen Bundesrepublik. Das war für uns eine Schutzfunktion, das war für uns aber ein Mittel, unsere Informationen, unsere Zielvorstellungen weiterzutransportieren,

anderen Anregungen zu geben, und der Versuch, eine bestimmte Öffentlichkeit zu schaffen. Denn die eigene Öffentlichkeit in der DDR war geschlossen, in sie war nicht einzubrechen.

In meinen letzten Jahren vor meiner Ausbürgerung 1988 hatte ich sehr viele Kontakte zu Journalisten und Diplomaten. Wir haben diese bewußt genutzt. Sie waren für uns eine große Hilfe. Heute noch muß ich vielen danken. Sie waren für uns auch Transportwege. Informationen, die aus dem Land hinaus sollten, sind über Journalisten und Diplomaten gegangen. Informationen kamen herein. Es wurde eine isolierte Meinungsbildung durchbrochen; sie haben uns sehr unterstützt, sie waren für uns – das sage ich auch aufgrund der aktuellen Diskussion in den letzten Wochen – sehr wichtig. Sie hatten Schutzfunktion. Sachen, die in der DDR geschehen sind, wurden berichtet, und Öffentlichkeit war auch Schutz.

Ich meine, daß in den Oppositionsgruppen eine einheitliche Meinung darüber herrscht, daß dieser Kontakt unumgänglich und unverzichtbar war. Wer heute versucht, diesen Kontakt auszulegen als zu große Abschöpfung, Agententätigkeit oder ähnliches, der macht sich zum Erfüllungsgehilfen der Stasi. Denn ich sehe aus meinen Akten, daß sie jahrelang versucht hat, diese Kontakte hinzustellen als etwas, was sie nicht waren, nämlich als Agententätigkeit.

Wir haben offen über alle Probleme gesprochen. Vielen Korrespondenten und Journalisten in der ehemaligen DDR, unter anderem den langjährigen Korrespondenten von ARD, Spiegel oder Frankfurter Rundschau, müssen wir heute noch danken; denn vieles in diesem Land wäre ohne ihre Hilfe nicht geschehen.

(Beifall)

Die Herausgabe von „Grenzfall“ oder von Oppositionszeitschriften wäre nicht möglich gewesen, hätte es nicht Leute gegeben, die sich nicht erpressen ließen und die nicht Angst hatten vor diesem Machtapparat, sondern die gesagt haben: Information ist etwas Wichtiges, und wir helfen euch dabei.

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Herzlichen Dank, Ralf Hirsch, für den Bericht aus einem Erfahrungsbereich, der mir persönlich am nächsten ist. Als nächsten bitte ich Ronald Dembicki zu uns zu sprechen.

Ronald Dembicki: Ich möchte meine Ausführungen sehr kurz halten und einen Fall schildern, der die Ausreisepaxis betraf, die sicherlich viele hunderttausend Menschen ähnlich erlebt haben.

Fünf Jahre nach 1976, also am 6. Oktober 1981, war ich mit meiner Frau so weit, daß wir den Ausreiseantrag bei den dafür vorgesehenen Behörden, Rat des Stadtbezirks Friedrichshain, abgaben. Wir waren natürlich vorbereitet auf alle Dinge. Man hörte damals schon sehr viel über Repressalien gegenüber Ausreiseantragstellern. Mir wurde gleich verbindlich gesagt, daß ich meine

Tätigkeit – ich war damals im öffentlichen Dienst, bei der BVB (Berliner Verkehrsbetriebe) – in absehbarer Zeit, also in den nächsten Tagen, verlieren würde und daß von mir – wörtlich – „kein Hund mehr einen Knochen nehmen“ würde. Man wollte mich praktisch damit zwingen, innerhalb von acht Tagen meinen Ausreiseantrag zurückzunehmen, oder ich müßte die Konsequenzen voll tragen.

Wir haben den Antrag nicht zurückgenommen, ich in Absprache mit meiner Frau. Die Kinder waren damals zehn und elf Jahre alt. Ich wurde dann auch nach acht Tagen fristlos bei den BVB gekündigt wegen staatsfeindlichen Verhaltens. Man hätte für solche Leute, die „Verrat an der DDR“ üben, in einem öffentlichen Betrieb keinen Platz mehr. Die Repressalien setzten sich fort. Ich versuchte vergebens, in Berliner Großbetrieben eine neue Tätigkeit als Kraftfahrzeugschlosser, als Kraftfahrer aufzunehmen. Die Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen funktionierte also.

Man kann nicht immer nur die Krake Stasi sehen. Ich sehe es auch heute so, daß viele damals über ihren Kompetenzbereich hinaus sich an den Menschen vergangen haben. Sie schieben heute leider die Verantwortung sehr weit von sich weg. Früher hatten sie alle große Kompetenzen: Abteilungsleiter, Kaderleiter. So könnte man viele aufzählen. Aber sie versuchen heute, die Schuld von sich zu weisen.

Ganz kurz die Reihenfolge der Repressalien: Man drohte von seiten der Schule und vom Rat des Stadtbezirks Friedrichshain, Abteilung Innere Angelegenheiten, man könne nicht zulassen, daß die Kinder gegen den Staat erzogen würden, und wir sollten uns darüber klarwerden, daß man uns die Kinder entziehen könne.

Wir lebten ein Jahr von unseren Ersparnissen. Dann wurden das Auto verkauft und unsere Einrichtung. Wir hatten uns ein Jahr vorher neu eingerichtet. Möbel und gute Gebrauchsgüter waren in der DDR nicht billig, daß weiß jeder. Wir hatten lange gespart. Wir lebten jedenfalls gut anderthalb Jahre von unseren Ersparnissen und vom Verkauf unseres Mobiliars. Anschließend war dann alles verbraucht. Wir hatten eigentlich immer Angst gehabt.

Wir lernten dann zufälligerweise die Samaritergemeinde kennen. Ich kann den Kirchen in der gesamten ehemaligen DDR, nicht nur in Berlin, nur einen großen Dank aussprechen, denn sie waren damals ein Sammelbecken für viele Menschen, für junge Menschen, aber auch für ältere, für Menschen, die verzweifelt waren, die Probleme hatten, z. B. mit dem Wehrdienst, die in vielen Fragen mit dem Staat einfach nicht mehr klarkamen und sich dort getroffen haben, wo Menschen miteinander sprechen konnten. Ich hatte das Glück, mich damals der Samaritergemeinde anschließen zu können, und wurde bis zu meiner Ausreise als teilbeschäftigter Mitarbeiter der Kirche, als Haushandwerker, angestellt und bin bei vielen Gliedern der Gemeinde bis

heute noch tätig. Denn ohne die Hilfe dieser Leute noch weit über ein Jahr hätten wir das nicht unbeschadet geschafft.

Ich möchte nur noch bemerken: Als wir ausgereist sind, wog meine Frau 37 kg. Sie mußte noch einmal ärztlich vorgeführt werden, weil man sagte, man lasse keine kranken Menschen aus der DDR ausreisen. Wir sind am 1. März 1984 glücklich aus der DDR ausgereist.

Vielen Dank.

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Herzlichen Dank, Herr Dembicki. Als nächste bitte ich jetzt Silvia Mangoldt aus Erfurt.

Silvia Mangoldt: Zunächst möchte ich für die Einladung danken und vorausschicken, daß mich die Schicksale, die ich jetzt höre, sehr betroffen machen. Ich stelle dabei fest, daß meine eigene Verdrängung die ganze Zeit über ziemlich gut funktioniert hat. Ich habe aber während der Ausarbeitung dieser Darlegungen bemerkt, daß ich mich noch einmal intensiv damit beschäftigen muß, und habe auch eine Ahnung davon bekommen, warum mich meine Arbeit jetzt im Kinderheim – ich habe vor einem Jahr auch wieder im Kinderheim gearbeitet, dann nach der Wende – wieder so sehr emotional betroffen, oft aggressiv gemacht hat: weil ich mit Erziehern und mit Problemen zu tun hatte, die ich schon vor der Wende kannte.

Ich möchte noch eines zur heutigen Anhörung sagen. Ich finde es schade, daß so wenig Öffentlichkeit da ist,

(Beifall)

ich würde es aber noch schlimmer finden, wenn bei der Presse das Bild derart entstehen würde, daß sich das aus Mangel an Interesse so darstellt. Das ist aber auf keinen Fall so, sondern das ist einfach ganz schlecht publiziert worden.

(Beifall)

Jetzt einige Anmerkungen zu den Erfahrungen, die ich in dem Kinderheim in Erfurt gemacht habe. Ich habe dort im August 1988 nach meinem Psychologiestudium zu arbeiten begonnen und war dort die einzige Psychologin. Ich hatte vorher von meiner Familie, weil wir auch oft die Erfahrung gemacht hatten, daß Widerstand überhaupt nichts bringt, daß das nur Mundverbrennen ist, mit auf den Lebensweg bekommen:

Schweig lieber, wenn etwas ist, was gegen deine Meinung geht; so brauchst du dir nicht den Mund zu verbrennen, brauchst aber auch nicht zu lügen.

Ich habe das lange Zeit durchgehalten, weil ich mein Psychologiestudium gern abschließen wollte. Das war aber für mich mit einer moralischen Verpflichtung verbunden, daß ich dann den Mund aufmachen wollte, wenn ich mein Ziel erreicht hatte. Es war dann mit der Arbeitsaufnahme im Kinderheim

geschehen. Dort sollte ich dann oft die Gelegenheit bekommen, Widerstand zu zeigen, meinen Mund aufzumachen.

Es ging zunächst um den streng reglementierten Tagesablauf der Kinder, der meinen Widerspruch hervorrief. Neben Wäschetausch, Arbeitsgemeinschaften, die obligatorisch waren, dann im 14täglichen Rhythmus „Schulmittwoch“, das hieß, obligatorische Veranstaltungen in der Schule zu besuchen, Pionier-nachmittag, Studienjahr oder dann im Wechsel der Heimmittwoch, der vom Erzieher 14täglich organisiert wurde, neben der Geländereinigung, die wöchentlich obligat war, und der Großreinigung, die immer freitags stattzufinden hatte, anschließend Zimmerdurchgang und Punktbewertung, gab es ständig irgendwelche Verpflichtungen, die die Kinder zu erfüllen hatten. Von 18.30 bis 18.50 Uhr hatten sie dann 20 Minuten Freizeit. Es hing dann aber auch vom jeweiligen Erzieher ab, von seinem Dienst, von seiner Laune, von seinen Arbeiten, die er bis dahin geschafft oder auch nicht geschafft hatte, ob sie die 20 Minuten zugesprochen bekamen. Diese Freizeit mußte dann allerdings, je nachdem, entweder im Gruppenbereich oder draußen stattfinden, weil nur ein Erzieher für die gesamte Gruppe vorhanden war, und er konnte sich ja nicht zweiteilen. Also alle Kinder – es waren 12 bis 18 – mußten dann gemeinsam irgendein Spiel machen. So stellte sich in der Regel „Freizeit“ dar.

Nach diesen 20 Minuten Freizeit hatten die Kinder 20 Minuten Schuhputzappell zu absolvieren, mußten also ihre Schuhe putzen, sich in Reih und Glied aufstellen, und dann meldete ein Kind an den Erzieher: „Alle Kinder sind zum Schuhputzappell angetreten, die Schuhe sind geputzt.“

Das waren die Dinge, die ich mich weigerte mitzumachen, wodurch ich dann auch in die Schußlinie geriet.

Zweimal wöchentlich wurde Fernsehen erlaubt. Dienstags und donnerstags waren Fernsehabeude. Dann durften die Kinder den Film ihrer Wahl anschauen, der nach der Aktuellen Kamera lief. Oft wurde es von den Erziehern so gehandhabt, daß daran eine Bedingung geknüpft wurde: Wenn ihr den Film eurer Wahl sehen wollte, müßt ihr vorher die Aktuelle Kamera sehen!

Dieses strenge Tagesregime ließ auch wenig Zeit für psychologische Gespräche mit den Kindern und therapeutische Maßnahmen, wie sich versteht. Absolute Priorität hatte der strenge Tagesablauf. Ich mußte mir meine Zeit mit den Kindern immer irgendwie ertricksen.

Zu diesem Tagesablauf, der für mich unwürdig war, gegen den ich mich ständig wehrte und Widerstand anmeldete, kamen auch die allgemein gängigen Disziplinierungs- und Bestrafungsmethoden, bei denen die Kinder und Jugendlichen ganz systematisch drangsaliert wurden, z. B. schlagen, in den Hintern treten, Finger umknicken, in die Besenkammer einsperren. Ausgangs- oder Heimfahrtsperren wurden von den schulischen Kopfnoten abhängig gemacht; das waren damals Fleiß, Ordnung, Mitarbeit und Betragen.

Suizid-Absichten, die die Kinder äußerten, wurden belächelt oder ignoriert oder auch verbal unterstützt, indem man sagte: „Ach, das traust du dich doch sowieso nicht!“ Oder: „Mach das doch einfach mal!“

Objektives intellektuelles Unvermögen, z. B. bei Hilfsschulkindern, wurde mit Äußerungen wie: „Du Arsch hast ja sowieso nur Scheiße im Kopf!“ kommentiert. Die Eltern der Kinder wurden beschimpft, erniedrigt, schlechtgemacht. Erziehungsweisheiten von den älteren Erziehern wie: „Du mußt die Kinder an ihrer wunden Stelle treffen, bei ihren Eltern, ihrer Familie, ihren schulischen Leistungen“, damit könne man sie seelisch und moralisch kaputtmachen, dann würde sich der gewünschte Erziehungserfolg bei den Wänstern schon einstellen, wurden an die jüngeren Erzieher weitergegeben.

Halbjährlich wurden von den Kindern schriftliche Verpflichtungserklärungen zu schulischen und gesellschaftlichen Leistungen abgefordert und anschließend auch halbjährlich auf Einhaltung kontrolliert, wobei man nicht von dem tatsächlichen Leistungsvermögen gerade bei schulischen Leistungen ausging, sondern von dem, was die Erzieher oder die Lehrer erwarteten.

Bei Verstößen gegen Regeln und Normen des Heimlebens – Entweichungen, Auffälligkeiten in der Schule, Diebstähle, Rauchen – wurden ebenfalls schriftliche Verpflichtungserklärungen abgefordert. Die Kinder mußten, für alle sichtbar, im Tagesraum der Gruppe dann die Erklärung anpinnen, auf der zu stehen hatte, welches Delikt sie begangen hatten, warum und welche Maßnahmen oder welche Konsequenzen sie für sich erwarten oder einzugehen gedenken.

Ich nutzte den Fachzirkel – das war der monatliche Gedankenaustausch der Erzieher zu bestimmten pädagogischen Themen – dazu, Fragen wie partnerschaftlichen Umgang mit Kindern, eigenverantwortliches Handeln von Erziehern und Kindern, Ehrlichkeit, Mitbestimmung der Kinder usw. aus psychologischer Sicht zu erklären und zu diskutieren. Eine Diskussion kam nicht zustande. Statt dessen bekam ich das Feedback der Heimleitung, meine Ausführungen seien ganz interessant gewesen, aber sie hätten sich zu sehr an bürgerlicher Literatur orientiert; ich solle doch beim nächsten Mal mehr auf marxistisch-leninistisch fundierte Fachliteratur zurückgreifen.

Bei diesen meinen Erfahrungen mit eigenverantwortlichem Handeln, Hinterfragen und Infragestellen bestimmter Erziehungs- und Disziplinierungsmaßnahmen fand ich unter 15 Erziehern nur eine Verbündete. Zu zweit wagten wir uns immer weiter vor, allerdings mit sehr viel Angst, sehr viel Herzklopfen und sehr viel Zittern. Wir wurden so immer unbequemer für die Erzieher und die Heimleitung.

Da man mir auf psychologischem Gebiet aus Mangel an Kompetenz keine Fehler nachweisen konnte, schickte man mir die Fachberaterin des Bezirkes. Sie war dann so ehrlich, Gott sei Dank, mir zu sagen, daß ich vorsichtig sein

sollte bei der Heimleiterin, sie kenne sie auch schon aus früheren Gesprächen und früheren Erfahrungen.

Jetzt versuchte man, die gute persönliche und fachliche Beziehung zwischen Frau Härtel – das war die Erzieherin, sie sitzt auch jetzt im Auditorium – und mir zu zerstören, da wir gemeinsam zu unbequem waren und zuviel hinterfragten. Wir wurden einzeln zu Vieraugengesprächen geladen. Die Ergebnisse wurden jeweils entstellt und falsch wiedergegeben, vor den Kollegen oder auch uns gegenseitig, um uns irgendwie auseinanderzubringen. Oder man wurde einzeln, gewissermaßen als Angeklagte, vor eine Gerichtsversammlung – das waren in der Regel die Leitungssitzungen oder die Dienstberatungen, in denen alle oder viele Erzieher und die Heimleitung anwesend waren – ohne Vorankündigung zitiert und mußte dann Beschuldigungen, Kritik, Verleumdungen über sich ergehen lassen. Man bekam nie oder fast nie die Möglichkeit, Dinge richtigzustellen, aus der eigenen Sicht darzustellen oder zu rechtfertigen. Im Anschluß an diese Gerichtsversammlung wurde der Eintrag in die Kaderakte mitgeteilt oder bei Uneinsichtigkeit mit der Meldung und Vorstellung beim Schulrat gedroht. Das würde dann schlimmer für uns ausgehen.

Mit diesen Maßnahmen wurden wir auch systematisch isoliert von den anderen Erziehern. Es sprach zum Schluß keiner mehr mit uns. Sie alle hatten Angst, mit uns gesehen zu werden. Wenn wir in den Raucherzimmer oder an ein Plätzchen gingen, wo sich mehrere aufhielten, gingen die anderen weg.

Schließlich versuchte man, uns auf politischem Gebiet Unreife und Staatsfeindlichkeit nachzuweisen. In einer Dienstberatung beispielsweise forderte die Heimleiterin die Erzieher auf, mich und Frau Härtel mit Argumenten von der Mitgliedschaft in der DSF zu überzeugen. Es kamen Argumente wie, diese Mitgliedschaft zeige die Einstellung zur Partei, zum Staat, zum Sozialismus und zur Sowjetunion, die Mitgliedschaft in der DSF gehöre zu jeder sozialistischen Erzieherpersönlichkeit; sonst könne das Erzieherkollektiv nicht um den Titel „Sozialistisches Erzieherkollektiv“ kämpfen.

Die obligatorischen Politinformationen, die die Erzieher wöchentlich bei ihren Gruppen durchführen mußten, wurden bei Frau Härtel nun kontrolliert. Man kritisierte die Themen, die Durchführung. Man verlangte die schriftliche Vorbereitung der Politinformation und die vorherige Kontrolle durch die Heimleitung. Ich will nur noch kurz ein Beispiel dazu nennen. Eine schriftlich vorbereitete Politinformation wurde mit den Worten „zu unkonkret und zu ungenau“ zurückgegeben, mit der Auflage, sie noch einmal zu überarbeiten und zur Kontrolle vorzulegen. Die Vorlage der inhaltlich gleichen Politinformation, nur in Tabellenform, weil das so im Erzieherstudium gelehrt wurde, ergab dann von derselben Heimleiterin, die nur kurz einen Blick darauf war, das Urteil „gut“ und konnte so durchgeführt werden.

Die Repressalien gingen dann noch weiter. Wir wandten uns an die SED-Kreisleitung. Von dort wurden wir verwiesen an die Stadtbezirksschulrätin,

Frau Burkert, bei der wir uns vorstellten und um ein Gespräch baten. Vor dem Termin kam dann die Heimleitung schon mit der Stadtbezirksschulrätin zusammen; man hatte sich auf eine Linie geeinigt. Uns wurde dann in dem Gespräch zum Schluß die Alternative vorgestellt: Entweder Sie halten sich an die politische Linie, oder Sie gehen. Wir haben es beide vorgezogen zu gehen.

Ich hatte im Juli 1989 eine Besuchsreise zu meiner Tante in die Bundesrepublik, und ich blieb drüben. Meine Freundin, die Erzieherin in dem Heim, flüchtete im Oktober über Ungarn in die Bundesrepublik.

Es existieren übrigens noch in Stasi-Unterlagen ganz genaue Mitteilungen darüber, daß man uns auch nicht zurückkommen lassen wollte, weil wir zu gefährlich wären für dieses System in Erfurt. Im Februar 1990 wollten wir in die DDR zurückkommen, was wir auch am 13. Februar taten. Wir trafen dort auf genau dieselben Strukturen, genau dieselben Leute in genau denselben Ämtern, mit genau denselben Funktionen in den Ebenen und baten um Wiedereinstellung in dem Heim. Damals arbeiteten die Instanzen – Wohnungspolitik, Abteilung Kader und Bildung – noch ganz prima zusammen, so daß wir auch nicht an eine Wohnung herankamen. Wir wurden fünf Wochen lang hingehalten. Man sagte mir, die Stelle sei noch frei; dann stellte sich heraus, daß man sie kurzfristig besetzt hatte, nachdem ich mich wieder dafür beworben hatte. Eine Nachfrage jetzt hat ergeben, daß in dem Kinderheim immer noch dieselben Erzieher mit derselben Heimleiterin arbeiten!

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Silvia Mangoldt, ganz herzlichen Dank für diesen Bericht, der deutlich macht, wie vielfältig diese Strukturen sind und wie unterschiedlich dann auch Betroffenheit sein kann.

Der nächste in unserer Runde ist Götz Gringmuth-Dallmer.

Götz Gringmuth-Dallmer: Verzeihen Sie mir, daß ich, bevor ich anfangen, über das eigentliche Thema zu reden, voranstellen möchte, daß es mir vor einer Woche nicht möglich gewesen wäre, angesichts der für mich sehr bedrückenden Situation im Moment in diesem Lande hier zu reden. Aber ein Unrecht wird nicht besser, wenn man über ein anderes schweigt. Deswegen werde ich jetzt doch erzählen.

Ich bin in einem christlichen Elternhaus aufgewachsen und bin einen sehr normalen Weg gegangen. Ich war Junger Pionier, war in der FDJ. Ich war auch zwei Jahre lang in der achten und neunten Klasse FDJ-Sekretär, da ich mit 14, 15 Jahren doch der etwas naiven Ansicht war, vielleicht durch meine Tätigkeit Dinge in meinem Sinne verändern zu können.

Ich bin aber schnell an meine Grenzen gestoßen. Es begann in der zehnten Klasse, als alle FDJ-Funktionäre darüber abstimmen sollten, daß wir für den militärischen Nachwuchs in unseren Klassen zu werben hätten. Ich habe nicht

den Mut aufgebracht, mich zu weigern; aber ich habe mich der Stimme enthalten. Das kam schon in der Bewertung durch die Direktorin und die Parteileitung der Schule einer Weigerung gleich. Ich wurde dann aufgefordert, entweder diese Stimmenthaltung zu diesem Punkt, der beschlossen werden sollte, zurückzunehmen oder von meinem Posten als FDJ-Sekretär zurücktreten. Ich habe dann dankend abgelehnt, und das war's dann mit der FDJ-Arbeit.

Es ging dann so weiter, daß ich nach der zehnten Klasse eine Berufsausbildung mit Abitur anfangen wollte. Ich habe mich in mehreren Betrieben beworben, die alle von mir die schriftliche Verpflichtung sehen wollten, daß ich nach dieser Ausbildung drei Jahre zur Armee gehen würde. Ich habe mich jedesmal geweigert, eine solche Verpflichtung zu unterschreiben. Zum Schluß blieb dann noch der VEB Kombinat Tiefbau Berlin, der mich dann mehr oder weniger nehmen mußte. Das war anscheinend damals der Ausbildungsbetrieb, wo alle, die Abitur machen durften und nirgendwo anders untergekommen sind, landeten.

Dort begann ich also im September 1985 die Berufsausbildung mit Abitur, die gleich so losging, daß wir in ein vormilitärisches Ausbildungslager fahren und dort Krieg spielen sollten. Wir sollten mit russischen Kalaschnikows auf menschengroße Pappfiguren schießen. Ein Mitlehrling und ich weigerten uns, auf diese Pappfiguren zu schießen. Das wurde auch erst einmal so hingenommen. Wir sollten dann zynischerweise Sanitäter spielen. Wir bekamen kleine schwarze Aufkleber und sollten die Löcher in den Pappfiguren wieder zukleben.

Für mich war damals erschreckend zu sehen, wie Ausbilder hinterher mit einer diebischen Freude auf Stahleimer schossen, die sie in einer Entfernung von 30 bis 40 Metern aufstellten. Das schien ihnen eine sehr große Befriedigung zu verschaffen.

Kurze Zeit, nachdem dieses Lager zu Ende war, wurden wir zum Direktor der damaligen Berufsschule, Herrn Mund, bestellt, der uns vor die Wahl stellte, entweder wir würden den Schießlehrgang nachholen, oder das Ganze würde als ein Verstoß gegen den Lehrvertrag gewertet, und wir dürften dann nicht das Abitur machen.

Christian und ich haben uns entschlossen, nicht die Schießausbildung nachzuholen, was erst einmal dazu führte, daß der damalige Staatsbürgerkundelehrer seinen Unterricht dazu nutzte, uns vor der Klasse richtiggehend fertigzumachen. Ich war ein paar Tage lang nicht in der Lage, überhaupt noch dahinzugehen, weil ich mir dann Sachen anhören mußte wie: Herr Gringmuth, Sie gucken doch auch Krimis. Wie verträgt sich denn das mit Ihrer Einstellung, nicht zu schießen? Und sie essen doch auch Fleisch!“ Heutzutage wüßte ich darauf zu antworten, aber mit siebzehn war ich doch etwas überfordert.

Ich flog dann also aus dieser Berufsausbildung mit Abitur heraus. Mir wurden

mehrere Lehrstellen angeboten. Ich nahm dann eine Lehre als Kfz-Schlosser beim VEB Kombinat Tiefbau auf. Da hatte ich dann doch weitestgehende Narrenfreiheit, was politische Dinge anging. Man versuchte noch ein-, zweimal, mich aufzufordern, zu den üblichen Demonstrationen zu gehen. Da ich mich geweigert habe, wurde das auch nicht mehr weiter angesprochen. Ich hatte den Eindruck, daß Christian und ich für sie eh etwas ausgeklinkt waren und daß man uns nicht weiter ernst nehmen mußte.

Nach der Lehre bin ich sofort in einen Privatbetrieb gewechselt, der lieber solche Leute wie mich nahm als Leute mit einer „sauberen Kaderakte“. Auch so etwas gab es in der DDR.

Ich muß noch einmal zurückkommen auf meine Schulzeit. Ich habe einen Klassenlehrer gehabt, der die ganze Zeit für meine Begriffe großartige Zivilcourage bewiesen hat. Die ganze Klasse hatte sich geweigert, am Wehrkundeunterricht teilzunehmen, was für uns eigentlich mehr ein Spiel war, eine Wette: Wer hat den Mut zu sagen, wir machen das nicht? Aber das hat doch einiges Aufsehen an der Schule erregt. Unser damaliger Klassenlehrer hat hinter uns gestanden und hat darauf gesehen, daß wir bei der ganzen Geschichte einigermaßen glimpflich davorkamen.

Mit achtzehn wurde ich, wie so üblich, gemustert, habe einen Bausoldaten-Antrag eingereicht und habe dann von der Armee nichts mehr gehört. Als ich ungefähr neunzehn war, begann sich mein Freundeskreis langsam gen Westen aufzulösen. Für mich war die Situation so, daß ich mich in der DDR trotz vieler Dinge, die mich gestört haben, doch irgendwie zu Hause gefühlt habe. Dieses Gefühl wurde immer weiter zunichte gemacht, je mehr meiner Freunde gen Westen gingen, so daß auch ich irgendwann angefangen habe, mich mit diesem Problem auseinanderzusetzen. Eigentlich wollte ich nicht gehen. Aber es wurden immer mehr aus meinem Freundeskreis, die das Land verlassen haben. Dazu kam die reale Gefahr, eingezogen zu werden. Mit neunzehn, zwanzig war auch der Bausoldat keine Alternative mehr für mich. Es war für mich klar, daß ich dann total verweigern werde. Ich habe aber auch nicht eingesehen, dafür in den Knast zu gehen.

Das und noch ein weiterer Punkt führten dazu, daß ich mich mit zwanzig eigentlich als Frührentner gefühlt habe. Ich habe für mich keine Perspektive mehr in diesem Land gesehen. Ich habe also keine Möglichkeiten gesehen, mein Leben nach meinen Wünschen zu gestalten. Der sich auflösende Freundeskreis und die drohende Einberufung haben mich also dazu bewogen, noch einen Monat vor der Maueröffnung über Prag das Land zu verlassen.

Was mir erst im nachhinein klargeworden ist: Ich habe jahrelang darauf gewartet, daß sich etwas ändern würde. Als sich dann etwas änderte, als das Neue Forum sich gründete, war ich mit meiner Wirklichkeit damals schon so fertig, daß ich das gar nicht mehr richtig wahrgenommen habe. Ich wollte nur noch weg. Es passierte etwas in den Kirchen, die Leute gingen auf die Straße.

Aber es hat mich nicht mehr berührt. Es war, als ich im nachhinein darüber nachgedacht habe, doch ziemlich erschreckend, eine solche Entfremdung zu spüren, die mit der Zeit immer schlimmer wurde, so daß für mich keine andere Möglichkeit mehr blieb, als zu gehen.

Danke schön.

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ganz herzlichen Dank. – Im Anschluß möchte bitte Herr Neuke zu uns sprechen.

Hartmut Neuke: Ich bin einundvierzig Jahre alt und bin beruflich in der DDR diskriminiert worden. Damit beschäftige ich mich.

Ich gehöre zur jüngeren Generation unter den Teilnehmern. Probleme der Repressalien im Bereich der beruflichen Tätigkeit, der Ausbildung und beruflichen Entwicklung spielten eine zentrale Rolle. Es ist auch meine These, daß in den letzten zehn, fünfzehn Jahren in der DDR die berufliche Diskriminierung offensichtlich zur zentralen Methode der SED-Regierung wurde. Sie war in vielen Fällen Inhaftierungen vor- und nachgelagert. Sie hatte eine große Bedeutung, weil sie mit scheinbar unsichtbaren Mitteln geführt werden konnte, hinter denen eine ausgefeilte Strategie des Psychoterrors, der Barbarei stand, und ich glaube, die DDR war Weltspitze in der Entwicklung von Methoden, die in diesem Bereich angewandt wurden, die nicht nur zur psychosozialen Vernichtung von Kollegen geführt, die auch mich betroffen haben. Es gab in der Nervenklinik viel stärker betroffene Fälle – bei Lehrern, Wissenschaftlern, aber auch einfachen Pfarrern, die es treffen konnte. Ich glaube, diese Methoden waren tatsächlich geeignet, die Menschen psychisch zu vernichten und in Kombination mit anderen Methoden physisch zu vernichten.

Es klang heute an, daß die Notwendigkeit besteht, dieses Instrumentarium, das hier wirksam wurde, aufzuklären. Es ist, glaube ich, ganz wichtig, um verständlich zu machen, was diejenigen, die Widerstand in Form von Widerspruch geleistet haben, tatsächlich geleistet haben; denn mein Eindruck ist, daß diejenigen, die diesen Widerspruch geführt haben, weder in der DDR noch in der Zeit danach in ihren fachlichen und politischen Leistungen anerkannt wurden.

(Beifall)

Es gibt also für die Leute überhaupt keinen Maßstab, und jeder Lump, der sich angepaßt und es bis zum Fachdirektor geschafft hat, kann mit seiner Kaderakte beim größten Konzern in der BRD prangen bis zum Geht-nicht-mehr, im Gegensatz zu mir – mit meiner zweimal abgebrochenen Promotion, mit meinen zweimal abgebrochenen Forschungsthemen, mit dem zweimaligen Hintertreiben wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen, in denen ich Widerstand geleistet habe, wo ich mich als einer der ganz wenigen

Fälle in der DDR durchgesetzt habe, der es geschafft hat, ein ganzes Professorenkollektiv zum Rückzug zu zwingen, öffentlich die Behauptung zurückzunehmen, ich sei zur wissenschaftlichen Arbeit unfähig. – Etwas, was auch Herrn Eggert als Pfarrer angedichtet wurde, unfähig zu sein – das habe ich in der DDR geschafft durchzusetzen, daß das zurückgenommen wurde. Zeigen Sie mir bitte jemand, der das nachweisen kann, daß ein solcher Vorwurf zurückgenommen wurde!

Heute stehen diese Leute im Prinzip mit nichts da. Ich bin jetzt fast das dritte Jahr arbeitslos. Man muß überlegen, und ich beschäftige mich zur Zeit mit dem Thema, wie das Verhältnis zu beruflich Diskriminierten in der DDR war, das Verhältnis der Allgemeinheit, aber auch der Politik. Das war ja eigentlich die Ursache, das Verhältnis der Allgemeinheit. Ich beschäftige mich damit, wie das Verhältnis zu Diskriminierten heute ist, vor allem zu beruflich Diskriminierten, ihr Verhältnis zur Allgemeinheit, das Verhältnis zur Politik.

Man muß sagen, daß im Prinzip ein großes Unverständnis gegenüber diesen ganzen Ereignissen bestand, wie sie hier schon für den Bereich der schulischen Entwicklung, für den Bereich der jungen Berufstätigkeit und auch für den darauffolgenden Bereich der weiteren Arbeitstätigkeit gegeben waren.

Mein eigener Fall zieht sich über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren hin. Ich betrachte 1981 als Beginn der beruflichen Diskriminierung. Der Hintergrund war einfach der: Ich hatte mich im Kombinat für eine neue Struktureinheit beworben, Mikroelektronik – darum ging es damals. Der Knalleffekt bestand darin, daß ich zufällig von dieser Struktureinheit eher erfahren hatte als diejenigen, die auf den Posten sollten. DDR-Bürger wissen, was ich meine. Man zog dann kurzerhand die Zusage zurück und sagte, das wird nichts, denn da sind schon andere. Ich habe hiergegen arbeitsgerichtlichen Widerspruch eingelegt – mit dem Ergebnis, daß ich ein bißchen die Skala von Eskalation, von Repressalien kennenlernen konnte. Das ging also so weit, daß der Richter – nach meinen Erkenntnissen ein Mann, der mit in Waldheim gesessen hatte und damals Oberrichter beim Arbeitsgericht im Bezirksgericht Leipzig war – die Aktenlage als Beweismittel ignorierte, daß dieser Richter in der öffentlichen Verhandlung, die sich schon längst von einem Arbeitsrechtsprozeß hin zu der politischen Frage gewandelt hatte, wie weit es eigentlich mit der Wahrheit und Gerechtigkeit in diesem Lande geht, mir mitten im Prozeß – ich möchte sagen, im Stile eines Freisler – das Wort verbot.

Warum? Was war der Hintergrund? – Der Gewerkschaftsvertreter hatte sich – selbst Justitiar des Kombinats – in der Verhandlung, als er merkte, daß der Richter diese Beweislage bewußt ignorierte, ein Herz gefaßt, war aufgetreten und hatte den Fall so interpretiert, wie er in der Belegschaft, in der Öffentlichkeit politisch gesehen wurde. Das war natürlich der Anlaß für den Richter, sozusagen die Fassung zu verlieren. Ich glaube, es war ein Erfolg,

vor der Öffentlichkeit dieses kleinen Gremiums damals diesem verlogenen, gewissenlosen Halunken die Maske ein Stück vom Gesicht zu reißen. Das war ein großes Kunststück.

Gerade in dieser Zeit lief meine Bewährungsprobe als Parteigenosse, als Kandidat. Ich konnte also in dieser Situation, nach dieser Erfahrung meine Kandidatur auf keinen Fall zurückziehen; sonst hätte ich mich extrem positioniert und wäre von vornherein in diese feindliche Position geraten. Also bezog ich den Standpunkt, daß ich die Sachargumente, die der parteipolitischen Argumentation zugrunde lagen – das waren im wesentlichen Effektivität und Produktivitätsfortschritt –, überall dort einklagte, wo nach meinem Dafürhalten die Möglichkeit dazu bestand. Hierzu gab es – daß muß man heute auch noch einmal erwähnen – selbst in den Parteistatuten Wege – Rechtswege nach Parteirecht, wenn man so will – zur Kritik an öffentlichen Angelegenheiten. Ich habe diese Wege auch zu nutzen versucht, bis hin zum ZK, und mußte feststellen, daß man das ebenso ignoriert wie die Beweislage beim Gericht. Ich muß sagen, daß die Sache zum damaligen Zeitpunkt, in den Jahren 1981 bis 1984, für mich im Prinzip nicht als ein Sieg, als ein Gewinn in der Auseinandersetzung erschien, sondern als eine Niederlage.

Ich habe erkannt, daß ich in diesem Land gefangen bin, wie alle, und ich habe in den Menschenbildern, die mir entgegengetreten sind – das war der Punkt, der vorhin gefragt war: Wann kam der aktive Wille zum Widerstand auf? –, den Grund sehen können, dieses Wesen von Barbarei, diese Gewissenlosigkeit, diese mentale Seite, die man im System ganz bewußt genutzt hat, um bestimmte Kader – so hießen diese Leute – auf bestimmte Positionen zu schieben. Das habe ich damals erkannt.

In meiner nachfolgenden Tätigkeit an der Akademie der Wissenschaften in Berlin, dann an der Karl-Marx-Universität in Leipzig – zwischendurch war ich einmal mit den entsprechenden Bedrohungen, als Asozialer inhaftiert zu werden, arbeitslos – und an der Jenenser Universität habe ich genügend Einblicke dahingehend gewonnen, daß in den Strukturen, in den Leitungsstrukturen, so muß man sagen, solche gefährlichen Leute im einzelnen tätig waren. Die waren Spezialisten des Psychoterrors. Das waren wirklich Fachleute in dieser Hinsicht.

Man muß aber auch gleichzeitig sagen, daß in diesen Strukturen, wie ich sie kennengelernt habe, Leute saßen, die sich einen Anstand bewahrt hatten. Das war der entscheidende Punkt, warum einige von denen, die heute hier sitzen und berichten, überhaupt noch hier sitzen und berichten können. Die haben geholfen, die haben unerkannt im Stillen, wo sie Schlimmeres verhindern konnten, geholfen. Wie ich vorhin von dem Justitiar in der Gerichtsverhandlung berichtet habe – es gab auch Leute, die sich offen solidarisiert haben.

Es gab den Effekt, daß – wo mal einer die Auseinandersetzung führt und

aufgreift – dann auch Hilfe von außen wächst, daß eine gewisse Solidarität entsteht, daß auch Achtung und Respekt bis hin schließlich innerhalb des Systems entstehen – so weit muß ich das bringen. Das war ein Effekt, den man feststellen konnte.

Deswegen ist es nach meinem Dafürhalten besonders schlimm, wenn gerade Genossen, Parteigenossen, die politische Verantwortung und größere politische Einsicht aufgrund von Schulungen hatten, die auch laut Statuten und dergleichen die Wege hatten und nicht mehr mit den Repressalien der fünfziger und sechziger Jahre leben mußten, den Mund nicht aufgemacht haben, daß gerade die mit solchen Verleumdungsmethoden, wie wir es vorhin gehört haben, Sachargumente kaputtgemacht haben. Das muß man nach meinem Dafürhalten heute auch auf die Tagesordnung setzen: Wer ist eigentlich jener Herr Professor oder sonstwer, der in Verbindung mit diesem und jenem Projekt heute wieder die große Feder führt?

Lassen sie mich bitte noch einen Satz sagen. Es ist wirklich das Problem, wie wir das, was wir hier leisten, in mehr Gerechtigkeit, in mehr Wahrheit, in mehr Fortschritt, in eine Zukunft umsetzen. Das ist ja das Ergebnis, was wir anstreben. – Es ist die Frage: Wer hat eigentlich Interesse an dieser Aufarbeitung der Vergangenheit, daran, sie in eine Politik umzusetzen, die Vergangenheit aufarbeitet? Das ist meine Frage.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich denke, weil es genau um diese Frage geht, sind wir hier. Aber wir wissen auch nach meinem Eindruck, daß wir in dieser Frage z.Zt. nicht die Mehrheit der Gesellschaft darstellen. Deshalb ist es besonders wichtig, das zu verstärken, wovon hier vorhin klagend gesprochen worden ist – auch, was die Öffentlichkeitsarbeit anlangt. Solche Dinge sollten einfach sehr viel breiter gehört werden, um zu sehen: Wie gehen wir mit diesen vierzig Jahren sehr differenzierter Geschichte um? Es geht darum, daß wir uns dies jetzt erzählen, aber auch Folgerungen daraus ziehen. Das wird ja das nächste Gespräch mitbestimmen.

Ich möchte als letzten in dieser Runde Herrn Klaus Pfeumer bitten, zu uns zu reden.

Klaus Pfeumer: Ich kann über die Ereignisse berichten, die man als Inhaber eines Privatbetriebes in der Deutschen Demokratischen Republik, dem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat deutscher Nation – das war unser Titel –, erlebte. Ich bin einer der letzten Mohikaner, und daß ich überhaupt noch da bin – ich bin Jahrgang 1920 und jetzt zweiundsiebzig Jahre alt –, verdanke ich nur der Tatsache, daß ich einen kleinen Kunstverlag hatte.

Wir stellten in der DDR das Briefpapier her, das jeder in der DDR gern haben wollte, das nur unter dem Ladentisch verkauft werden konnte, weil

die Kontingente nicht groß genug waren. – Jetzt fragt natürlich niemand mehr danach, weil ja jetzt alles West ist, mit schwarzen Strichen und in Zelophanverpackung, und das konnten wir nicht so schnell machen.

Außerdem waren unsere Gelder, die wir nicht hatten, eins zu zwei abgewertet, und alles das, was uns wert war, war ja nun auf einmal nichts mehr wert. Unser Fahrzeugpark stand noch mit 60.000 Mark im Betrieb, den ich über GENEX bekam, von meiner Mutter, weil ich als deutscher demokratischer Privatbetrieb der Leichtindustrie natürlich kein Fahrzeug bekam. Aber ich hatte eine Mutter, die mir ein Fahrzeug schickte. Aber die Fahrzeuge waren natürlich auch nichts wert. Heute sind sie mit 2.000 Mark Entsorgungskosten alle verschrottet.

Aber ich will doch die wichtigsten Dinge ganz kurz andeuten. Ich habe leider zu wenig Zeit, ich könnte hier eine Stunde reden, und es würde auch spannend werden – das würde ich Ihnen schon versprechen.

Aus dem Krieg bin ich dank eines großen Geschenks gesund heimgekommen. Ich war Flugzeugführer, und das war ja nicht gerade eine Lebensversicherung; aber ich kam gesund heim und war der einzige von den jungen Männern, der nach Hause gekommen ist. Nun war ich eben als derjenige dran, der die Stange halten mußte. Wir gründeten unseren kleinen Verlag in Zittau. Meine Eltern waren Flüchtlinge aus dem Gebiet zwei Kilometer vor Zittau, aber es war alles weg. Meine Aufgabe war es, die geschäftlichen Dinge in diesem kleinen Verlag zu erledigen, die Aufgabe meines Pflegevaters war, die Scherenschnitte herzustellen – Doktor Plischke -; die älteren unter Ihnen kennen sie, für sie alle ist das ein Begriff. Meine Mutter machte die Finanzen. Das war alles sehr schön und einfach und ging im Anfang auch sehr gut. Wir hatten einen guten Namen, und wir bekamen auch die Papierkontingente.

Aber da meine Eltern Flüchtlinge waren und noch in Bayern einen kleinen Besitz hatten, zogen sie nach Bayern weiter, und ich blieb in Zittau. Das war ja alles sehr gut; ich arbeitete und schickte ihnen das Geld. Die Sache war einfach.

Aber dann kam ein Ereignis: Es gab eine Währungsreform, und auf einmal war zwischen uns eine Grenze, eine erste Grenze aufgestellt. Ich konnte meinen Angehörigen kein Geld mehr schicken. Sie hatten ja keine Rente, weil er als Künstler nicht versichert war. Also was blieb mir übrig? Ich mußte Wege finden, wie ich meine Angehörigen unterstützen konnte, und zwar deswegen, weil das DDR-Geld nicht kompatibel war. Das können Sie sich gar nicht vorstellen. Es gab für einen DDR-Bürger nicht eine Mark-West und für einen Privatbetrieb der Leichtindustrie überhaupt keine Mark-West. Es wäre ja nicht schwierig gewesen mit der Währungsreform: Wenn das normal gewesen wäre, wie das in aller Welt ist, hätte ich weiter meine Postkarten und Kalender nach Westdeutschland, nach ganz Deutschland verschickt, hätte einen Scheck von der Dresdner Bank in meiner Bank eingelöst; es wäre einfach gewesen. Aber das ging nicht...

Wir hatten ein Außenhandelsmonopol, und dann gab es einen innerdeutschen Handel. Der saß in Berlin. Wir bekamen also die Möglichkeit, nach Westdeutschland zu liefern. Dann konnte der Westdeutsche in Westmark bezahlen, und ich kriegte die einzig stabile Währung, die es für mich gab, die Ostmark, die Mark der Deutschen Demokratischen Republik, von der unser großer verehrter Herr Walter Ulbricht sagte: Sie wird in Finnland so wertvoll gehalten; das ist eine stabile Währung. Der mußte es ja wissen, er war in Finnland, ich war nie dort gewesen.

Das war die Währungsreform. Mit der Währungsreform hatte ich also auf einmal eine Teilung meiner Familie. Da gibt es noch vieles zu sagen, aber ich muß schnell machen.

Das nächste war das Außenhandelsmonopol; das hatte ich gerade gesagt. Ich durfte für den Export arbeiten, der nur vom Außenhandelsbetrieb geleitet und abgewickelt wurde. Ich war also nur der Hersteller, bekam den Preis vorgeschrieben, und da ich im Inland einen Gewinn erzielte, kriegte ich keine Subventionierung für die Preise. Ich mußte also die Preise aus meinem eigenen Gewinn subventionieren. Aber das spielte damals gar keine Rolle. Ich zahlte 95 % Steuern, und da habe ich es sowieso bloß aus den Steuern genommen.

Sie können sich nicht vorstellen, was das bedeutet, 80 bis

95 % Steuern zu bezahlen. Das heißt praktisch, daß ich zwar für meine Kinder, die in die Schule gingen, Kapitalist war. Da waren meine Kinder immer die Kapitalistenkinder. „Wollt ihr einen Kapitalisten sehen? – Christine, steh mal auf! Das ist ein Kapitalistenkind.“ Ich hatte aber nicht den Verdienst eines Kapitalisten. Ich hatte so viel, wie ein normaler Werktätiger am Ende Lohn hatte. Von diesem Nettolohn durfte ich natürlich noch die Vermögenssteuer für den Betrieb bezahlen. Sie betrug damals 4.000 Mark, weil ich ein Vermögen von 400.000 Mark hatte. Ich bin auf das Finanzamt gegangen und habe gefragt: Sagen Sie mir einmal, wo ich das Vermögen von 400.000 Mark habe? Ich wäre ja dämlich, wenn ich das jetzt nicht verscherbelte und mir dann für die 400.000 Mark ein Bankguthaben anlegte. Dann bekäme ich immerhin bei 3,5 % Zinsen fast 15.000 Mark Zinsen im Jahr. Da brauche ich nicht mehr zu arbeiten; da kann ich meine Radieschen säen. – „Das wissen wir auch, wir rechnen dazu und dazu, und dann muß noch zurückgerechnet werden.“ – Jedenfalls kamen die auf 400.000 Mark.

Jetzt kommt der nächste Schritt. 1952 gab es eine Geheimverfügung eines gewissen Staatssekretärs Wendt. Wenn hier Herren unter uns sind, die irgendwie in diese Geheimverfügung von damals einen Einblick haben, dann wäre ich denen sehr dankbar, wenn ich diese Geheimverfügung heute einmal lesen könnte, denn mit dieser Verfügung war festgelegt worden, daß mein Sohn, der später heranwuchs und groß wurde, den kleinen Privatbetrieb der Leichtindustrie – und das waren die Allerletzten in der DDR, die hatten entsprechend auch die allerniedrigsten Tarifverträge, waren ganz unten; wir

fingen mit nur 81 Pfennig Stundenlohn an – nicht übernehmen durfte. Ich wäre also sehr dankbar, wenn ich diese Verfügung einmal sehen könnte. Die Verfügung gälte heute noch, wenn die DDR nicht gestorben wäre. Das ist ganz wichtig.

Jetzt hatten ja meine Eltern drüben auch einen Kleinbetrieb aufbauen müssen. Den nannten sie genau wie meinen Betrieb – Plischke Kunst. Nun stellte auf einmal die DDR fest: Das sind ja Betriebe im Osten und im Westen, die genau den gleichen Namen haben. Das ist ja ein Verbrechen! – Das können Sie sich nicht vorstellen. Also bekam jetzt nicht der Westen die Verfügung, daß er seinen Namen ändern mußte; ich kriegte die Mitteilung, die hieß: „Herr Pfeumer, bis zum nächsten 1. Januar haben Sie Ihren Betrieb zu verändern.“ Darüber gab es natürlich nichts Schriftliches. Über solche Dinge gab es nichts Schriftliches. Das wurde ganz im Vertrauen unter uns gesagt. Da kamen die Herren mit dem schwarzen Anzug oder der Lederjacke: „Herr Pfeumer...“, und dann ging das los.

Jetzt ist aber das Notvolle an dieser ganzen Geschichte, daß mich der Westbetrieb, der Plischke Kunst heißt und inzwischen durch Erbfall ein englisches Unternehmen geworden ist, verklagt, mich, der ich in der DDR alles aufgebaut habe und der ich ihm vierzig Jahre lang die Waren rübergeliefert habe, weil er sie gar nicht selber herstellen konnte, denn ich hatte ja die Produktionsstätte. Ich komme jetzt gerade vom Gericht, ich habe heute früh Verhandlungstermin hier im Landgericht Berlin gehabt. Jetzt wollen sie den Namen, den ich „freiwillig“ damals aufgegeben habe, für sich beanspruchen. „Sie haben doch gar keinen Beweis dafür, daß Sie den Namen aufgegeben haben.“ – Ich habe keinen Beweis dafür! Wer gibt mir denn den Beweis? Weil ich ihn freiwillig aufgegeben habe, habe ich auch kein Recht mehr, ihn heute noch zu führen. Nein, ich soll 100.000 Mark Honorar für die Vergangenheit bezahlen. – Ich höre auf.

Ich stimme den anderen Vorrednern auch zu, daß wir in der Anfangszeit – also ab 1950 – in der ständigen Bedrohung lebten, daß die Staatssicherheit aus irgendeinem Grund mich abservierte. Ich war Christ und hatte natürlich manchmal auch ein Wort riskiert. Meine Kinder waren nicht Pioniere und hatten auch ein Wort riskiert. – Ich will Ihnen ein Beispiel sagen. Da kommt meine kleine Göre heim und sagt: „Vati, meine Lehrerin sagt immer: Ach Gott, ach Gott, ach Gott. Weißt du, Vati, ich habe ihr heute gesagt: Wissen Sie, Frau Jäger, Sie glauben doch gar nicht an Gott. Sagen Sie doch: Ach Pieck, ach Pieck, ach Pieck.“

(Heiterkeit und Beifall des Abg.)

Markus Meckel, SPD)

Das war der Mut der Kinder.

Die andere, die Große erzählte dann einmal, die Lehrerin sagte: „Ihr müßt

euren Eltern alle sagen, daß der Herr Krolikowski“ – so ein Politonkel – in Zittau spricht. Sagt das alle Euren Eltern.“ Meine Große stand auf. „Nun, Christine, was hast denn du?“ – „Frau Jäger, ich muß Ihnen das sagen, das sage ich meinen Eltern nicht; die sind für so was nicht.“

(Heiterkeit)

– Ich habe noch eine ganze Hucke.

Das Wichtigste war für uns alle der Mauerbau, denn mit dem Mauerbau war für uns eine ganz harte Grenze gegeben. Da hängt wieder so viel Persönliches dran; ich muß ja Schluß machen, man mahnt mich dauernd auf der Seite.

Ich will Ihnen noch etwas sagen. Es gab nichts, was wir uns nicht vorher genehmigen lassen mußten. Ich mußte jedes Lesezeichen genehmigen lassen. Einmal war doch dieser Regierungsstelle ein Lapsus unterlaufen. 1958 hatte mein Onkel, der Doktor Plischke, einen Scherenschnitt geschnitten, einen wunderschönen Scherenschnitt. Da war in der Mitte ein Ziegenbartpilz, und ringsherum saßen die Steinpilze und Herrenpilze, und darunter stand der schöne Spruch:

„Ein Pilz von ganz besonderer Art
ist der bekannte Ziegenbart,

(Heiterkeit)

genießbar wohl, doch kein Genuß,
den echten Pilzen ein Verdruß.
Mit Recht: Ein Pilz, der Haltung wahrht,
trägt einen Hut und keinen Bart.“

(Heiterkeit und Beifall)

Der Scherenschnitt war in Westdeutschland entstanden. Ich komme mit diesem Scherenschnitt zu der Druckgenehmigungsstelle im Ministerium für Kultur in der Clara-Zetkin-Straße. „Herr Pfeumer, was soll denn das Bild?“ – Ich wußte natürlich, was das Bild bedeutet, aber mit meiner Unschuldsmiene, die ich aufsetzen konnte, sagte ich: „Ach, wissen Sie, das ist eine Naturbeobachtung; und mein Onkel macht in der Pilzzeit immer eine Naturbeobachtung.“ Da war die Dame so fahrlässig und drückte ihren Stempel auf dieses Bild.

(Heiterkeit)

Nun kam ich mit diesem Original in die Druckerei. Wer Druckfachmann ist, weiß daß: Da kam als erstes die Lithographie, die die Aufnahme machte. Der Lithograph sagte: „Ein schönes Bild, ein schönes Bild.“ Dann kam der Drucker: „Ein sehr schönes Bild, Herr Pfeumer; das gefällt mir sehr.“ Dann haben in der Deutschen Demokratischen Republik 30.000 Familien gelacht, herzlich gelacht.

(Heiterkeit)

– Das war die Auflagenhöhe. Neben denen, die lachten, gab es auch ein paar, die nicht lachten.

(Heiterkeit)

Die sind schnellstens zum Ministerium hinaufgerannt und haben gesagt: „Aber Hilde, wie kannst du das genehmigen?“ – Sie war natürlich deprimiert, und sie bekam ein Disziplinarverfahren. Ich kam im Oktober wieder zu Hilde und sagte: „Ich möchte gern die Druckgenehmigung für das nächste Jahr einholen.“ – „Ja, Herr Pfleumer, wir können Ihnen die Genehmigung nicht erteilen. Ihre Kalender haben eine mangelnde Bewußtseinsbildung.“ – „Zeigen Sie mir mal ein Bild von mangelnder Bewußtseinsbildung.“ „Sehen Sie mal dieses Bild. Hier sitzt der junge Mann auf dem Stein und schaut weit ins Land hinein, und darunter steht der Spruch: „Aus Beschaulichkeit und Ruh’ strömt dir der Weisheit Fülle zu. Oh, wär dies allgemein bekannt – die Weisheit nähme überhand.“ – „Sehen Sie, so etwas Spießbürgerliches, Pazifistisches, so etwas Sinnloses. Das ist typisch für die Art und Weise, in der Sie künstlerisch arbeiten.“ Ich sagte: „Ja, Sie haben Recht. Ich war gerade vorige Woche in Weimar. Da habe ich mir das Gartenhaus angesehen, und da muß ich sagen, der alte Goethe hatte eigentlich die Beschaulichkeit und Ruh’ auch sehr gesucht. Ich kann mir nicht vorstellen, daß er seine Gedichte auf dem Karl-Marx-Platz gemacht hat.“ – Jetzt war mein Kalender verboten und damit meine Gesamtexistenz weg, weil das die Stütze des Verlages war. – Nun kann ich wieder eine lange Geschichte erzählen, aber ich muß aufhören.

Nur mein Blick in den Volkswirtschaftsplan – das war so ein dickes Buch – rettete mich, weil ich dort hinter dem Artikel „Briefausstattungen“ kein K gefunden habe. Das hieß, Briefausstattungen waren nicht kontingentiert. Der Minister, der das Buch geschrieben hatte, hatte vielleicht nicht gewußt, daß in Zittau noch so ein kleiner Quetscher sitzt, der auch Briefausstattungen machen kann. Nun konnte ich anstelle von Kalendern Briefausstattungen machen. Mit denen hatte ich in der DDR maßgeblich die künstlerische Position inne. Man hat mich gefragt, welche Briefausstattungen nun eigentlich herauskommen sollen. Bei den meisten habe ich gesagt: „Das ist nichts.“ – Meine konnten herauskommen, aber ich hatte kein Kontingent.

Ich muß als letztes sagen, bei der Kalendergenehmigung hatten sie noch die Unverfrorenheit, mir zu sagen: „Ihren Kalender können wir Ihnen natürlich nicht verbieten, denn wir haben in der Deutschen Demokratischen Republik keine Zensur; aber Sie kriegen keine Druckgenehmigung.“

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

– Sie glauben mir jetzt, daß ich noch eine Stunde erzählen kann.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Das glauben wir Ihnen sehr gerne, und ich bin dankbar dafür, zumal das ein Zeichen dafür ist, daß man nach so

manchem, was man erlebt hat, den Mut in seinem Leben nicht verliert, und diese Einstellung ist von hohem Wert.

Ich hoffe, daß Sie nicht nur bei dem, was Sie in vierzig Jahren erlebt haben, den Mut nicht verloren haben, sondern auch bei dem, was Sie jetzt erleben, den Mut nicht verlieren, sondern vielleicht doch noch Erfahrungen machen, die Sie den Mut wieder gewinnen lassen.

Klaus Pfeumer: Ich möchte noch einem Satz zu dem sagen, was Sie vorhin sagten, Herr Wende. Sie sagten: Wir haben 57 Jahre unter der Zwangsherrschaft gelebt. Dazu muß ich nur sagen: Das war unser Leben! Wir haben bloß eins.“

(Beifall)

Ich hätte auch drüben eine kleine Druckerei aufbauen können, und ich hätte auch einen gutgehenden Verlag gehabt, und ich hätte auch wirklich was bedeuten können, aber wir haben unser Leben hier in diesem Land verbringen müssen, weil wir hierblieben und nicht abgehauen sind, weil es ja auch hier Leute geben mußte, die was machten.

(Beifall)

Das wird den kleinen Betrieben, von denen Lothar Späth gesagt hat, daß sie das Rückgrat und die Zukunft der Industrie sind, heute nicht honoriert. Ich bin am Boden; ich habe heute 300.000 Mark Schulden und keine Hoffnung, daß ich die jemals zurückzahlen kann. Dafür habe ich aber nicht Luxus getrieben, sondern ich habe Maschinen gekauft, die jeden Tag, an dem sie dastehen, weniger wert werden, weil ich keine Aufträge dafür habe. Wir haben keine Produktion, weil für die Produktion immer „Go to West“ gilt.

(Beifall)

Entschuldigen Sie, es gibt schöne Dinge, die wir durch die Wiedervereinigung bekommen haben. Ich bin für vieles, vieles dankbar, aber das mußte auch gesagt werden.

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ja, es ist wichtig, daß auch so etwas gesagt werden kann.

Wir sind mit unserer Reihe hier oben am Ende. Es gibt mehrere, die sich gemeldet haben. Wir sollten jetzt keine Rückfragen mehr stellen. Ich habe bei zweien, die ich bitte, sich sehr kurz zu fassen, zugesagt, daß sie über dieses Podium hinaus noch etwas sagen können. Ich möchte Sie bitten, daß Sie sich einigen, wer von Ihnen redet. – Frau Anke Heinze berichtet über ihre Erfahrungen mit dem Jugendwerkhof.

Anke Heinze: Ich möchte mich zuerst einmal den Ausführungen von Frau Mangoldt anschließen. Sie hat eine Situation in Kinderheimen beschrieben.

Ich schätze, das bezog sich auf normale Kinderheime für Kinder, die zum Beispiel Waisen oder Halbwaisen waren und so etwas.

Dann gab es aber in der ehemaligen DDR auch Kinderheime für schwer erziehbare Kinder. Das waren zumeist Kinder aus zerrütteten Familienverhältnissen, die mit dem Leben in diesen Verhältnissen nicht mehr klargekommen sind. In diesen Kinderheimen für Schwererziehbare war dieser psychologische Druck und die Unterdrückung der eigenen Eigenschaften noch in einem höheren Maße gegeben. Wenn man dort nicht gefügig geworden ist, in diesen Kinderheimen für Schwererziehbare, dann kam man in einen Jugendwerkhof. Ich selbst habe diese Station auch durchlaufen, habe meinen Willen allerdings nicht brechen lassen und habe dort im Jugendwerkhof Sachen erlebt, die ich mein Leben lang nicht mehr vergessen werde.

Es gab in der DDR einen geschlossenen Werkhof, Torgau. Ich weiß nicht, ob das den Leuten hier ein Begriff ist. Ich habe gesehen, wie Kinder dorthin gebracht wurden, Jugendliche im Alter von vierzehn bis achtzehn Jahren, die kaputt wiedergekommen sind, die keine Menschen mehr waren. Ich selbst habe zwei Freundinnen dort kaputtgehen sehen.

Ich wollte, daß das auch einmal mit zur Sprache kommt, daß das eben einmal mit bedacht wird. Wir wollen nicht vergessen, was alles gemacht worden ist, um die Kinder, um die Jugendlichen für das Regime gefügig zu machen, damit sie eben das Gedankengut des sozialistischen Staates anerkennen. – Das war es eigentlich, was ich sagen wollte.

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Als letzter noch einmal – bitte kurz – Herr Vogt.

Herr Vogt: Ich möchte mich für die Einladung bedanken. Heute vormittag habe ich über die Angst gesprochen, die ich hatte. Jetzt will ich einmal über den Mut sprechen, den einfache Menschen in der DDR aufgebracht haben, um dem SED-Regime die Stirn zu zeigen.

Ich bin 1946 aus englischer Gefangenschaft nach Heide gekommen. Dort hatte ich eine Woche gesessen. Ich war Marinesoldat und hatte vergessen, die Kokarde von meinem Käppi zu entfernen. Das reichte dem englischen Militärrichter, mich eine Woche in den Knast zu schicken. Dann kam ich in die DDR, nach Küstrin-Kiez. Dort bin ich geboren; dort war ich Lehrer, dort lebe ich heute noch. Viele Publizisten und Literaten nennen Küstrin das Stalingrad Deutschlands. Das war die letzte große Schlacht vor Berlin. Die Festung Küstrin hat zwei Monate gegen den Druck der sowjetischen Armee damals standgehalten. Da gibt es nichts.

In diese zerstörte Stadt bin ich 1946 gekommen. Die Menschen haben alle in Kellern gehaust und gelebt und hatten keine Wohnung. Es war furchtbar, es gab nichts zu essen. Da marschierte mir doch ein Bataillon Artillerie

entgegen, vor jeder Lafette sechs Pferde, Deutsche, mit blauen Uniformen, alle aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft dort zusammengestellt. Das war mein erster Eindruck: Da eine Woche Knast wegen einer Kokarde, und hier marschiert mir ein komplettes Bataillon entgegen. So verlogen war die DDR, und so konnte man gleich, obwohl man mit Mut in seine Heimat gegangen war, den ersten Schlag kriegen, weil man wußte: Hier wird gelogen, hier wird geschwindelt, hier sagt keiner die Wahrheit. Bitte prüfen Sie das nach; das stimmt. Die Artilleriekaserne in Küstrin-Kiez war das erste große Gebäude, das in dieser Stadt wieder aufgebaut wurde, während die Menschen noch in Erdhöhlen hausten. Es war damals nicht nötig und ist heute schon gar nicht mehr nötig, daß man Kasernen baut.

(Beifall)

Ich war Lehrer in dieser Gemeinde. In der ersten Klasse, fünftes/sechstes Schuljahr, hatte ich vierundfünfzig Schüler. Die mußte ich vom Klauen abhalten, die mußte ich dazu erziehen, wieder zu ehrlichen und vernünftigen Menschen zu werden. Das war gar nicht so einfach. Fast jeder Stein der Schule ist durch meine Hände gegangen, vom Dachziegel bis zum einfachen Ziegel. Wir haben alles enttrümmert. Auch die Munition haben wir weggeschafft. Das honoriert natürlich die Bevölkerung. So erwirbt man sich, wenn man dableibt, während viele andere gehen, die kaum dort einmal die Luft geschnuppert hatten, ein gewissen Vertrauen.

Dann wird man nach fünfzehnjähriger Tätigkeit fristlos entlassen. Da kommt so ein junger Spund von der SED, der nicht einmal eine ordentliche Ausbildung hat, und sagt: Die Kreisleitung hat beschlossen, Direktoren dürfen zum Beispiel nur eingesetzt werden, wenn sie Mitglied der SED sind. – Ich kann die alle namentlich benennen. Sie leben alle noch, kriegen alle heute bessere Renten als ich. Ich hatte keine Aussichten, mußte raus, weil ich die Kinder nicht zur Jugendweihe geschickt habe.

Die Bevölkerung hat das nicht hingegenommen. Es gab einen Aufstand in unserem Ort. Ich glaube, davon muß man einmal berichten. Sie haben für mich Geld gesammelt und haben gesagt: Herr Vogt, nehmen Sie sich keinen anderen Beruf, wir sorgen für Sie. – Die Bauern haben vom Schlachten gebracht, damit wir zu essen hatten. Die Kinder haben in der Schule meine Kinder bestärkt, wenn sie von den Lehrern angegriffen wurden. Die Schüler haben Unterschriften gesammelt.

Ich habe hier Material, Unterschriftensammlungen von Eltern an die Kreisleitung der SED, an das Arbeitsgericht, an das ich mich auch gewandt hatte.

Dann muß ich immer wieder auf die Rolle der Kirche zu sprechen kommen. Ich bin Christ. Die Kirche, die evangelische Kirche hat in dieser Zeit eine ungeheuer wichtige Rolle gespielt. Die haben Bittgottesdienste für mich abgehalten. Ich weiß auch, daß sich die Synode mit unserem Fall beschäftigt hatte.

So kam es dann eben dazu, daß die SED-Kreisleitung sich überlegen mußte, was sie machen sollte – entweder hier dieses Theater weiter, oder sie stellte den kleinen Mann wieder ein. Dann wurde ich zur Verhandlung zum Arbeitsgericht eingeladen, aber der Zug fuhr nicht ab. Da saßen siebzehn Eltern mit drin, und da hat die SED es geschafft – die konnte damals alles –, daß der Zug nicht abfuhr; siebzehn Minuten Verspätung von Küstrin-Kiez bis nach Frankfurt. Dann kam auf einmal der Schulrat vorgefahren und holte die Eltern heraus: Der Kollege Vogt ist wieder eingestellt. Das Arbeitsgericht hat entschieden: Er wird wieder eingestellt.

Nach der Wende hat sich dieser Schulrat bei mir entschuldigt. Es gibt auch Leute, die das tun, die anständig sind. Er hat mir das schriftlich gegeben. Ich bin gar nicht wieder eingestellt worden, weil das Arbeitsgericht so entschieden hatte, sondern weil die SED-Kreisleitung Angst vor der Bevölkerung in Küstrin-Kiez hatte. Wenn man wollte, konnte man auch im SED-Unrechtsstaat etwas durchsetzen. Die Bevölkerung – da bin ich heute noch stolz darauf – hat das getan.

(Lebhafter Beifall)

Das Schlimme ist: Da sind jetzt Leute gestorben, und die Frauen bringen mir diese Unterschriftensammlungen. Da sind auch Unterschriften von Leuten dabei, denen ich das überhaupt nicht zugetraut habe, die ich zwanzig Jahre mißachtet habe. Dessen schäme ich mich heute, aber so ist es nun einmal. Die Menschen sind oft besser, als man denkt.

(Beifall)

Der Schulrat hat sich entschuldigt, und in seiner Entschuldigung steht drin, schriftlich: Ich bin wieder eingestellt worden aufgrund der Proteste der Bevölkerung und niemals aufgrund des Urteils des Arbeitsgerichts.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich danke Ihnen, Herr Vogt, wir müssen jetzt schließen.

Herr Vogt: Ich will nur noch ganz fix sagen: Es gab auch Mut und auch Widerstand. Vergessen Sie das bitte nicht!

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Es tut mir sehr leid, jemanden zu unterbrechen, der so spricht. Ich bin eben von noch jemandem gedrängt worden, daß er etwas sagen möchte. Bitte tun Sie das aber in zwei Minuten; dann möchten wir bitte schließen.

Herr Mebus: Mein Name ist Peter Mebus. Es handelt sich um die Zeit um 1970, um die strengste Abschottungsperiode der DDR von der Bundesrepublik. Ich lernte als Pädagogikstudent in West-Berlin eine Lehrerin in Hildau kennen. Wir lernten uns kennen und lieben und wollten heiraten. Es ging nicht. – Entschuldigen Sie bitte meine Stimme.

Im Juli 1970 durchschwammen wir beide die Donau und kamen mit den

in der Botschaft in Jugoslawien ausgestellten Pässen von Belgrad in die Bundesrepublik. Ein Jahr später erkrankte meine Frau an Krebs. Sie wuchs in ungefähr fünfhundert Meter Luftlinie Entfernung von einer Halde in Seligenstädt – Gera/Wismut auf. Jedenfalls war die Krankheit für Mediziner ganz eindeutig Lymphosarkomatose. Es gibt da eine Überlebenszeit von sechs Monaten. Meine Frau war sehr strahlensensibel und konnte ungefähr elf Monate nach der Analyse ihrer Krankheit überleben.

Sie erinnern sich, Anfang 1972 verhandelten die Bundesrepublik und die DDR über den Grundlagenvertrag. In der Phase stellte ich die Anträge auf Besuchserlaubnis der Eltern meiner Frau zu ihrer sterbenden Tochter. Es wurden alle Anträge abgelehnt, weil das vertragsrechtlich nicht geklärt war. Meine Frau verstarb dann ohne Besuch von der Mutter und vom Vater, allein. Im Juni, glaube ich – ich kann mich jetzt nicht mehr genau erinnern –, wurde der Grundlagenvertrag verabschiedet. Danach beantragte die Mutter den Besuch an dem Grab ihrer sechszwanzig Jahre alt gewordenen Tochter. Der Antrag wurde schnöde abgewiesen. „Ihre Tochter ist doch schon tot; was wollen Sie denn an ihrem Grab?“

In der Phase – das ist jetzt politisch brisant –, als meine Frau todkrank war, wandte ich mich an die Alliierten in Berlin – keine Reaktion. In dieser Phase wandten sich meine Schwiegereltern an Vogel. Sie wurden aus dem Rechtsanwaltsbüro rausgeschmissen. In der Phase fuhr mein Vater nach Ostberlin. Er war ehemaliger Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes des Magistrats von Großberlin. Er besuchte dort alte Kollegen. Wir waren 1960 aus der DDR weggegangen, ins Saarland verschlagen worden. Mein Vater nahm privat erste Kontakte zu seinen alten Kollegen auf. In dieser Phase erfuhr er, daß einer seiner ehemaligen Kollegen auf gepackten Koffern sitzt, um nach West-Berlin ausreisen zu dürfen. Zwei Wochen später trafen wir diesen Kollegen bei Aschinger, damals noch Aschinger am Bahnhof Zoo, mit seiner Frau.

Er hat die Ausreise in der Phase, als meine Frau um ihr Leben kämpfte und die Eltern noch einmal sehen wollte, bekommen. Wir wissen auch, wie diese Personen nach West-Berlin herausdurften. Es waren die Eltern eines Mitglieds der Verhandlungskommission des Senats beim Viermächteabkommen. Das wissen wir von dem Vater aus erster Hand. Mir hat er das gesagt. Deswegen meine Aufgeregtheit – tut mir leid.

(Zustimmung)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Meine Damen und Herren! Was wir in den letzten zwei Stunden erlebt haben, ist ein Zeichen dafür, wie nötig es ist, daß wir auch noch künftig uns gegenseitig unser Leben und unsere Erfahrungen erzählen. Menschen, gezeichnet von vierzig Jahren dieser Geschichte und ihren Erfahrungen – es wird viel zu tun sein, damit diese Menschen, damit wir uns im geeinten Deutschland mit den Erfahrungen, die

wir gemacht haben, so ernst genommen fühlen, daß dies anerkannt wird als ein Teil der gemeinsamen deutschen Geschichte. Ich denke, daß dies auch und ganz besonders eine Aufgabe der Enquete-Kommission ist. Manches ist nicht wiedergutzumachen, nichts ist wiedergutzumachen, aber wir müssen es wahrnehmen. Wir müssen die Schicksale ernst nehmen und so ernst nehmen, daß die Menschen, die sie durchgemacht und die von ihnen gezeichnet sind, sich ernstgenommen fühlen im gemeinsamen Deutschland, daß sie sich nicht als Menschen zweiter Klasse fühlen, denen noch einmal die Beine weggehauen werden. Auch solche Erfahrungen haben wir gehört.

Es ist oft auch eine finanzielle Frage, aber nicht nur. Es ist eine Frage der Anerkennung, es ist auch eine Frage gezielter Förderung. – Über die Reflexion, was dies alles bedeutet, soll das nächste Gespräch geführt werden, das Podiumsgespräch unter Leitung von Martin-Michael Passauer. Wir wollen damit erst in fünf Minuten beginnen, damit man sich zuvor etwas die Beine vertreten kann. Jetzt ist es 16.45 Uhr, wir beginnen neu um 16.50 Uhr.

Herzlichen Dank allen, die hier geredet haben.

(Unterbrechung von 16.45 bis 17.01 Uhr)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Meine Damen und Herren, damit wir nicht noch weiter Zeit verlieren, und Zeit ist ja auch heute ganz besonders kostbar, wage ich es jetzt, den letzten Teil der öffentlichen Anhörung am heutigen Tage zu eröffnen.

Die Enquete-Kommission – so hat es vorhin der Vorsitzende schon gesagt – wird heute abend noch nach Hohenschönhausen fahren. Wir sind dort auch zu einer bestimmten Zeit angemeldet und wollten eigentlich um 18.30 Uhr von hier abfahren. Das hieße also, wir hätten jetzt knapp anderthalb Stunden Zeit. Da auch hier wieder Menschen sitzen, die sich auf diese Anhörung präzise vorbereitet haben, wäre es gut, wenn wir die Zeit inhaltlich ausschöpfen.

Ich sage nur etwas zur Struktur der Anhörung heute. Wir hatten zu dem großen Thema „Die SED-Diktatur – politische, geistige und psychosoziale Unterdrückungsmechanismen“ oder auch „Erfahrungen im Alltag“ mit zwei theoretischen Vorträgen begonnen, das heißt mit Vorträgen, die sich mit inhaltlichen Fragen beschäftigt haben. Danach kamen in einem weiteren Schritt die öffentliche Anhörung und der Bericht von Erlebniszeugen. Etliche haben gesagt, die Zeit des Gesprächs, die Zeit der öffentlichen Anhörung über dieses Podium hinaus war zu kurz. Wir wollten uns gerne, so sagten manche, auch noch melden; das war nicht möglich.

Es ist so, daß wir jetzt in einem dritten Schritt ein Podiumsgespräch – so ist es jedenfalls vorgesehen – hier mit Einbeziehung des Plenums durchführen wollen. Wir fünf, die wir hier vorne sitzen, haben uns so geeinigt, daß wir selber zunächst versuchen, kurz darzustellen, wo wir herkommen – ich sage gleich noch etwas dazu –, und dann aber schon das Plenum darauf reagieren